

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernbrach-Sammelnummer 17 239 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 253, Emil Schlegel-Schmittstr. Dresden-N. Osterbahnstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 239 / Druckanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Eredrucken der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag) / Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restameile anschließend an den dreizehnten Teilzeitteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-N., Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 13. Januar 1927

Nummer 10

Der Uebergang zur Herrschaft der Deutschnationalen

Von Rudolf Renner, M. d. L.

Dresden, 13. Januar 1927.

Schon am 9. Januar schrieben wir einen Artikel, in dem wir aufzeigten, daß die jetzt vor sich gehenden Regierungsbildungen Vorstufen zur Diktatur seien. Für Sachsen wird unsere Auffassung nun in vollem Umfang bestätigt. Durch die gesamte bürgerliche Presse, insbesondere aber durch die den Deutschnationalen nahestehenden Zeitungen, die Leipziger Neuesten Nachrichten und die Dresdner Nachrichten, erfährt man, daß das Kabinett Heldt nur als Uebergangskabinett gedacht ist. Die Deutschnationalen haben noch Bedingungen gestellt, die von allen Parteien, also auch von den Altsozialdemokraten, angenommen wurden. Nach den Mitteilungen, die heute insbesondere von den L. N. N. als tatsächlich feststehend bekanntgegeben werden, verlangen die Deutschnationalen, daß die Regierung am 1. Juli zurücktrete, wenn es bis dahin nicht gelingt, sich auf die Annahme eines deutschnationalen Ministers und die Herabsetzung der Zahl der Ministerien auf 5 zu einigen. Das ist die nach dem Volksstaat würdige und vernünftige Weise, mit der die Deutschnationalen die Krise lösen. Es bleibt also die Tatsache: die Deutschnationalen stehen vor den Toren. Der Preis ist die Vorbereitung zur offenen Koalition mit den schlimmsten Reaktionen. Vielleicht wollen die NSD- Leute damit noch einen Druck auf die Sozialdemokraten ausüben, um sie doch noch in die Koalition zu bringen. Man kann aber jetzt schon sagen, daß die Regierungsbildung in Sachsen eine besondere Bedeutung für die Bildung der Reichsregierung besitzt. Dort liegt die Lage, wenn auch bei anderer Parteigruppierung, ähnlich wie hier. Auch dort wird man nun wohl, nachdem der Antrag Curtius gescheitert ist, ein Kabinett der Mitte bilden. Nur liegen im Reich die Dinge insofern anders, als die SPD sich bereit erklärt, einer solchen Regierung der Mitte ihre Unterstützung zu geben. Unter dem Druck der Arbeiter konnte sich die SPD in Sachsen zu einer solchen Entscheidung natürlich nicht entschließen. Das konnte sie nicht wagen. Aber wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir erklären, daß den Sozialdemokraten die jetzt gesundene Lösung die bequemste erscheint. Sie fürchteten sich vor der Minderheitsregierung, sie fürchteten sich vor der Abhängigkeit von den Kommunisten, vor der Tatsache, vor die Notwendigkeit der Erfüllung ihrer eigenen programmatischen Versprechungen gestellt zu werden. Sie hatten Furcht vor der Enthüllung ihrer Demagogie.

Jetzt besteht aber die Tatsache, die am 12. Januar ineinander zurückgedrängt und durch die Aufwertung zur Kapitulation gezwungenen Deutschnationalen sind die Sieger. Das neue Heldtkabinett wird seine Stellung ausüben, um den Eintritt der Deutschnationalen vorzubereiten. Die Altsozialisten werden sich auch dort zur Beteiligung bereit erklären. Sie unternehmen damit einen Schritt, den der Parteivorstand der SPD in Berlin über kurz oder lang auch unternehmen wird. Sie marschieren damit nur dem Parteivorstand voran. Wir wissen, die lächlichen Sozialdemokraten werden diese Behauptung mit viel Entrüstung zurückweisen, doch steigt dieser Schritt zur „Vollgemeinschaft“ so sehr in der Linie der sozialdemokratischen Reichspolitik, daß es nur eine Frage der Zeit und der Verhältnisse ist, wann die SPD diesen Schritt unternehmen wird. Für die SPD bleibt kein anderer Weg. Zurück zur Politik des Klassenkampfes kann diese Partei nicht mehr. Sie kann aber mit Scheinopposition nicht auf die Dauer die Massen beruhigen. Da sie nicht den Weg des aktiven Einklappens der Massen gehen will und kann, wird sie den Weg der „großen Volksgemeinschaft“ gehen. Diese „Volksgemeinschaftspolitik“, die Politik der passiven Hingabe und des demagogischen Arbeiterbetrugs und Verrats, wird auch über die lächlichen Sozialdemokraten ihre Schatten voraus. Zwar begründen sie in all ihren Zeitungen das Kabinett Heldt als ein Kabinett der Arbeiterkammer, jedoch auf die Würde der Terminologie kommt es nicht an. Es kommt darauf an, welche positiven und aktiven Maßnahmen gegen die Heldtregierung, gegen den Aufmarsch der Deutschnationalen und deren Trabanten getan werden sollen. Die sozialdemokratischen Führer stehen hier in Sachsen zwischen zwei Lagern. Im tiefsten Innern lehnt jeder wirklich revolutionäre Bewegung feindlich gegen Opportunisten und Reformisten, sehen sie auf der einen Seite unter dem Einfluß des Parteivorstandes, auf der anderen Seite unter dem Druck der Massen. Das bestimmte schon ihren Kampf gegen die 23, als diese noch Mitglied der SPD waren. Das bestimmt auch heute ihre Haltung. Wieder müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern sagen, daß sie mit der SPD in der SPD keine wirkliche Arbeiterpolitik betreiben können.

Was muß gegen die drohende Reaktion und ihre Pläne getan werden? Diese Reaktion ist nur zurückzuschlagen, wenn sie den ersten und entschlossensten Widerstand der gesamten einheitlichen Masse der arbeitenden Bevölkerung findet, wenn ihre Maßnahmen auf die drohende Abkehrung der freien Massen stoßen.

Solche Abwehr ist aber nur möglich, wenn die Massen sich von jedem reformistischen Einfluß und von jeder reform-

Rechtsblockwehen und Diktaturgelüste Zentrumsbeschluss gegen ein Kabinett Curtius

Berlin, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Fraktion des Zentrums hat den Beschluss des Vorstandes gebilligt, wonach dieser Schwere innen- und außenpolitische Bedenken gegen die Kandidatur Curtius hat, das heißt nichts anderes, als daß die Zentrumsleute eine Regierung haben wollen, in der sie den Reichstänzer stellen. Hindenburg droht aber bereits mit der Anwendung des Artikels 48 und spricht von der Reichstagsauflösung, um, wie schon wiederholt, die von ihm gewünschte Regierung zusammenzusetzen zu können. Wie die Vossische Zeitung mitteilen weiß, will Hindenburg nach dem Scheitern der Mission Curtius einen Kanzler ernennen, der gleichzeitig ein Auflösungsdekret erhält, um von ihm sofort Gebrauch zu machen. Das Geschäftsführerministerium Marx soll durch ein Uebergangskabinett abgelöst werden, das nur die Neuwahlen durchzuführen hätte. Der sozialdemokratische Pressedienst schreibt zum Beschluss des Zentrums, daß die Sozialdemokratie jederzeit zu Verhandlungen bereit und entschlossen sei, die Ministerverantwortung für die künftige Regierungspolitik zu tragen. Der heutige Vorwärts spricht das noch einmal in einem 4 Spalten langen Artikel aus und schreibt: „Wir aber fordern, daß die große republikanische Partei in der Republik, daß die deutsche Sozialdemokratie die Stellung erhält, die ihr gebührt. Die Sozialdemokratie in Deutschland voran.“ Er überschreibt diesen Artikel: „Deutschland der Arbeiterklasse. Arbeiterblock oder Bürgerblock?“, wobei er unter Arbeiterblock die Koalition und gemeinsame Arbeit der Arbeiter, freien und Reichsdemokratischen Gewerkschaften mit den Sozialdemokraten versteht.

Die Rote Fahne schreibt u. a. zur Regierungsfrage: „Es geht nicht um den Inhalt der Politik der zukünftigen Regierung, sondern nur um ihre Form — Curtius will ein Kabinett mit deutschnationalen Ministern. Das Zentrum möchte vorläufig ein Kabinett ohne deutschnationale Minister, das sich zwar auf die Deutschnationalen stützt, aber dennoch sich als Kabinett der Mitte ausgeben kann. Diese Verschleierung hat das Zentrum noch nötig, um sowohl seine Arbeiteranhänger zu täuschen, als auch den SPD-Führern die weitere Unterstützung der kapitalistischen Regierung zu erleichtern.“

So wie in Sachsen, so kommt auch im Reich der Rechtsblock nur mit großen Schwierigkeiten in Gang. Die Differenzierung im bürgerlichen Lager nimmt immer größeren Umfang an. Die Zentrumsleute befürchten ein Abfluten ihrer Arbeiterwähler, insbesondere im Rheinland, wo schon der Kampf des Zentrums für die Entschädigung der Parteien diesem schweren Schaden zuzufügen. Woraus man jetzt im Reich hinstrebt, das ist ein Uebergangskabinett, wie man es jetzt in Sachsen gebildet hat und hinter dem der Einzug der Reaktion steht. Die SPD erklärt sich in Berlin bereit, dort eine Regierung von fast gleichem Charakter wie die Heldt-Regierung zu unterstützen, das zeigt die eigentliche und wirkliche Rolle der SPD.

So wie in Sachsen, so kommt auch im Reich der Rechtsblock nur mit großen Schwierigkeiten in Gang. Die Differenzierung im bürgerlichen Lager nimmt immer größeren Umfang an. Die Zentrumsleute befürchten ein Abfluten ihrer Arbeiterwähler, insbesondere im Rheinland, wo schon der Kampf des Zentrums für die Entschädigung der Parteien diesem schweren Schaden zuzufügen. Woraus man jetzt im Reich hinstrebt, das ist ein Uebergangskabinett, wie man es jetzt in Sachsen gebildet hat und hinter dem der Einzug der Reaktion steht. Die SPD erklärt sich in Berlin bereit, dort eine Regierung von fast gleichem Charakter wie die Heldt-Regierung zu unterstützen, das zeigt die eigentliche und wirkliche Rolle der SPD.

SPD-Stimmen zur Regierungsbildung

Jetzt die gesamte sozialdemokratische Presse veröffentlicht einen Artikel des sozialdemokratischen Pressedienstes, der verurteilt worden war gleichzeitig mit dem schamlosen Beschluss des Parteivorstandes, der noch im Augenblick der Betrauung Curtius zur Bildung einer Reichsregierung grundsätzlich um ein neues Koalitionsverhältnis zur Bourgeoisie betitelt. In dem Artikel des Pressedienstes heißt es:

Die Sozialdemokratie, die das Kabinett Marx-Külz-Gehler führen darf, wird sich der Verpflichtung nicht entschließen, nun auch positiv eine bessere Regierung zu führen.“

mentarische Manöver beschränken. Mit diesen Methoden versucht die SPD die parlamentarischen Illusionen der Massen zu verstärken. Wo befindet sie sich da anders als bei der NSD? Nur dümmere und blödere ist die Manier.

Weshalb will die SPD keine Massenaktivität? Die Volkszeitung gibt auch gleich die Antwort: Sie (die SPD — d. Red.) weiß, daß sie über kurz oder lang dazu berufen sein wird, in Sachsen wieder die Regierungsgeschäfte zu übernehmen ...

Die SPD will für die Bourgeoisie regieren; sie fürchtet, durch die Mobilmachung der Massen diese zur Kritik zu erwecken, sie fürchtet, daß die Massen dann auch gegen die SPD-Regierung marschieren. Deswegen geht sie in den Gewerkschaften mit der NSD, deswegen lehnt sie Massenaufrufe ab, deswegen heßt sie gegen die Kommunisten. Auch die SPD-Führer wollen eine Verbindung mit der Reaktion, deswegen beschränken sie sich auf Scheinopposition. Die Massen aber müssen den Kampf aufnehmen. Sie müssen selbst die Säuberung ihrer Organisations von den Reaktionen, auch wenn diese das SPD-Buch in der Tasche tragen, beginnen. Sie müssen mit der KPD die Aufmärsche vorbereiten. Die Zeit drängt, die Deutschnationalen haben vor der Tür. Jetzt gilt kein Mantel mehr, jetzt muß geistigt werden.

Als solche bessere Regierung erscheint der Sozialdemokratie ein verschlechtertes Marx-Kabinett. Als Scheinopposition wird nunmehr verlangt, daß Gehler und Külz nicht wiederkehren dürfen.

Es ist bemerkenswert, und muß den Arbeitern unbedingt zur Kenntnis gebracht werden, daß fast die ganze sozialdemokratische Presse diese Haltung einnimmt. Unter den wenigen Ausnahmen finden wir nur eine ungemein jahme Kritik der Leipziger Volkszeitung, die die Auffassung des Vorwärts zur gegenwärtigen Situation als „von einem Optimismus, der sich leicht nach keiner Richtung rechtfertigen lasse“, zeugend, auspricht. Einigen machen schärfer nimmt dagegen die Frankfurter Volksstimme Stellung und dieses Blatt fragt sehr richtig:

„Die Parteigenossen im Lande werden sich vergeblich fragen, warum die Reichstagsfraktion eigentlich die Regierung Marx gestützt hat, wenn sie sie wirklich von neuem unterstützen will. Sind die Erfahrungen mit der „samolien Unterstützung“ immer noch nicht schlecht genug gewesen? Der Pressedienst meint, falls auch die neue Regierung Marx nicht lebensfähig sei, bliebe nur noch die Reichstagsauflösung. Falls? Aber es liegt auf der Hand, daß Marx nur seine bisherige Politik fortsetzen kann. War das Kabinett bis jetzt mit ihr lebensfähig, so wird sich das jetzt nicht ändern.“

Damit man nicht etwa auf den Gedanken käme, die Volksstimme tanze grundsätzlich aus der Reihe der Koalitionshelden, fährt das Blatt fort:

„Wenn die Volkspartei bereit wäre, tatsächlich die Anführung nach links zu vollziehen und die Bedingungen der Sozialdemokratie zu erfüllen, dann wäre ja die Große Koalition ohne weiteres möglich. Weil die Volkspartei nicht daran denkt, darum ist sie eben unmöglich. Es wäre vielleicht noch verständlich, daß die Sozialdemokratie in die Regierung einträte, daß die Reichstagsfraktion sich jedoch noch einmal dazu hergeben würde, für Leute zu stimmen, die nichts mit ihr zu tun haben wollen, muß den heftigsten Widerstand hervorrufen.“

Dieser allerheftigste angelegte Widerstand wird so lange ausbleiben, solange nicht die sozialdemokratischen Arbeiter sich über die Schandpolitik ihrer Partei klargeworden sind. Es gilt deshalb, den sozialdemokratischen Arbeitern mit aller Eindringlichkeit zu zeigen, was diese Partei gegenwärtig will. Die obigen Erklärungen des Pressedienstes und die wenigen oppositionellen Stimmen waren abgegeben, noch ehe offiziell die Betrauung von Curtius bekanntgegeben war. Nachdem dies geschehen ist, wiederholt der Vorwärts heute mit allem Nachdruck seine Unterwürfigkeitsbereitschaft, sich bedingungslos einer Regierung der Zentrumspartei zu fügen, wenn das Zentrum nur den „Bürgerblock“ verhindert. Er schreibt:

„Auf dem Zentrum ruht eine große Verantwortung. Es muß wissen, ob es die Regierung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie unterstützen will oder nicht.“

Die Haltung der Sozialdemokratie (als sie der Marx-Regierung das Misstrauen ausspricht. Die Reb.) hat damals (1) eine Rechtfertigung durch die Regierungserklärung gefunden. Die selbst die Loslösung der Reichswehr aus diesen Beziehungen forderte gegen den Willen der Deutschnationalen! Und der Vorwärts drückt gleichzeitig an der Spitze des Blattes, damit ja nur kein Mißverständnis möglich sei, den Beschluss des Parteivorstandes ab, in dem sich dieser auch heute noch bereit erklärt, mit den auf dem Boden der Verfassung stehenden republikanischen Parteien eine Regierung zu bilden, aber, wie der Pressedienst es ausdrückt, auch positiv eine bessere Regierung (die Aussicht ist geschwunden, daß die SPD noch hineinkommt) zu führen!

An Stelle von Kräfteeinheit — idealische und fetze Unwirklichkeit unter die Beschläge — der schwarzen Massen und Großkapitalisten-Partei. — An Stelle von Massenmobilisierung untragliche latente Bereitwilligkeitserklärungen „bessere Regierungen“ zu führen; an der Stelle des Einklappens der Kraft der Arbeiterklasse schändliches Hin- und Hergeratzen über Regierungsbildung — das sind die Wege der SPD in diesen Zeiten der Regierungskrise, in der es gilt, durch den Massenruhr die Auflösung des Reichstags zu erzwingen.

Verflechtungsversuche der Demokraten

Nachdem das Zentrum zu heute Abend eine Sitzung seiner Fraktion einberufen hat, bemüht sich die demokratische Presse, den Beschluß des Zentrumsvorstandes dahin zu kommentieren, daß das Zentrum eine sogenannte Bürgerblockregierung ablehne. Trotzdem weiß das Berliner Tageblatt zu melden, daß heute vormittag im Reichstag berichtet wurde, das Zentrum beabsichtige, gewisse Richtlinien aufzustellen und gewisse Bedingungen als Voraussetzung für den epl. Eintritt in ein Kabinett Curtius zu unterbreiten.

Andererseits wird berichtet, daß geplant ist, für den Fall, daß Curtius ablehnt, den Domkapitular Lecht zu beauftragen, die Volkspartei mit der Bildung der Regierung zu beauftragen. Man hofft, daß eine solche Reichstagsaktion die Neutralität des Zentrums sichern würde. Die Deutschnationalen spielen wieder mit dem Artikel 48 und verlangen, daß er in Kraft tritt, weil die Kabinettsbildung nicht in Fluß komme. Die Völkische Zeitung schreibt dazu:

„Man darf sicher annehmen, daß solche Ideen an verantwortlicher Stelle abgelehnt werden. Aber daß ernstliche politische Kreise es für nötig halten, ihnen entgegenzutreten, vor ihnen zu warnen, beweist doch, wie stark die deutschnationale Propaganda für Gewalttätigkeiten ist und wie sehr die innerpolitische Situation befeuert wird, wenn nicht sehr rasch ein aktionsfähiges Kabinett gebildet wird.“

Die Völkische Zeitung will hier verdeutlichen, daß gerade verantwortliche Stellen, nämlich Kreise um den Präsidenten Hindenburg, mit dem Artikel 48 schon lange liebäugeln.

Ein reaktionärer Anschlag gegen das Wahlrecht für Kommunisten

Jena, 13. Januar. (Eig. Drahtber.) Der Thüringer Innenminister Sattler hat die Streichung des Wählers Gen. Hoff in Jena als Reaktionär erklärt. Hoff war ein kommunistischer Parteimitglied, der an der Wahl zum Reichstagsmitglied teilgenommen hatte. Genosse Nikolaus Hoff wird von der Partei wegen der rühmlichen „Verbrechen“, die er allen kommunistischen Kandidaten des Jahres 1923 anhängen verurteilt, verurteilt. Er ist in Jena als politischer Gemeinderat und befehligt dort die Wohnung seiner Familie. Der Thüringer Innenminister Sattler erklärt, daß nur die körperliche Anwesenheit in einem Ort als Wahlberechtigt gelten konnte. Er hat darum die Streichung des Genossen Hoff aus der Wahlliste befürwortet. Damit ist diesem Genossen das passive und aktive Wahlrecht entzogen.

Hilfe für die Klassenjustiz durch Abänderung des bayerischen Diätengesetzes

Der Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtages beschloß eine Abänderung des Diätengesetzes dahingehend, daß Abgeordnete, die sich einer vom Landtag genehmigten Strafverfolgung oder Strafvollstreckung entziehen, für diese Zeit keinen Anspruch auf Diäten haben. Dieser Beschluß richtet sich ausschließlich gegen die Vertreter der kommunistischen Partei, deren Abgeordnete Schaffner und Hoeg seit längerer Zeit durch die Klassenjustiz verfolgt werden und deren Angehörige bisher von den Diäten leben konnten.

Gewaltiges Anwachsen der Erwerbslosenzahlen

Berlin, 13. Jan. (Telunion.) In der Zeit vom 15. Dezember 1926 bis zum 1. Januar 1927 ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1.211.000 auf 1.470.000 gestiegen, die der weiblichen von 236.000 auf 275.000, die Gesamtzahl von 1.467.000 auf 1.745.000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist im gleichen Zeitraum von 1.587.000 auf 1.963.000 gestiegen.

500 Arbeiter vor der Entlassung

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Berliner häußlichen Elektrizitätswerke kündigen im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Großkraftwerkes Rummelsburg die Entlassung von 500 Arbeitern an.

England verlangt Rückgabe der China-Konzessionen

Scharfe Abgabe des chinesischen Außenministers. Nach englischen Berichten soll der Vertreter Großbritanniens in Peking die sofortige Rückgabe der dortigen englischen Konzessionen verlangt und im Falle der Weigerung der Kantongregierung ein Ultimatum Englands angekündigt haben. Der Außenminister der Kantongregierung hat in einer Volksversammlung die Bevölkerung und an die englische Öffentlichkeit den Schutz von Leben und Eigentum der Fremden zugesagt, gleichzeitig aber betont, daß für die Zusammenstöße die englischen Staatsmänner die Verantwortung tragen und daß die nationalrevolutionäre Kontrolle über das Konzessionsgebiet die einzige Möglichkeit gewesen sei, um einen britischen Angriff auf das chinesische Volk zu verhindern. Zum Schluß betont der Vertreter der Regierung, daß allen denen die Mächte Chinas zum Handel offenstehen werden, die aufhören, dieses Land als Kolonie zu betrachten.

Der französische Kammerpräsident

Paris, 11. Januar. (Telunion.) Bei der Präsidentenwahl in der französischen Kammer erhielt im dritten Wahlgang Bourgeois (Soz.) 248 und Maginot 187 Stimmen. Bourgeois wurde somit zum Präsidenten der Kammer gewählt.

Die Wahl des französischen Senatspräsidenten am Donnerstag

Paris, 11. Januar. (Telunion.) Der Senat beschloß, am nächsten Donnerstag die Wahl seines Präsidenten vorzunehmen.

Volksverdrummung verboten

Moskau, 12. Jan. (Telunion.) Wie aus Moskau gemeldet wird, ist das Verbot der Einreise von geistlichen Personen nach der Sowjetunion in Kraft getreten. Die Sowjetregierung hat die Einreise dem englischen Priester Garrison und dem französischen Prälaten D. Ervigie verweigert.

Vom Tage

Mord und Selbstmord. Gestern früh ereignete sich in Göttingen bei Stuttgart der 23. Jahre alte Mord. Geliebte, die 21 Jahre alte Köhler, die sofort tot war. Hieraus richtete er die Waffe gegen sich selbst und erlag nach einigen Stunden seinen Verletzungen.

Flug durch alle fünf Erdteile. In der italienischen Flugzeugwerft Rasina di Pisa ist das Wasserflugzeug Argus nach Portugal aufgestiegen, mit dem eine Gruppe portugiesischer Offiziere den „Flug der fünf Erdteile“ unternehmen will.

Schwärze in Chemnitz. Die seit drei Tagen niedergehenden heftigen Regenfälle haben im Erzgebirge Schneeschmelze zur Folge gehabt, so daß in den niederen Lagen des Erzgebirges schon Hochwasser eingetreten ist. Auch in Chemnitz selbst herrscht Hochwasser. Die Spermauer an der mit einem Kostenaufwand von 600.000 Mark neu erbauten Hohen Brücke ist vom Hochwasser überflutet worden. Die Verbindungstraße von Borna nach Gitscha ist überflutet und mußte politisch gesperrt werden. Das Wasser ist noch im Steigen begriffen.

Preßfestimmen zur Regierungsbildung in Sachsen

Die Bildung der Helld-Regierung in Sachsen wird von der Presse natürlich sehr verschieden beurteilt. Die bürgerliche Presse begrüßt das Ergebnis, erklärt jedoch fast schon allgemein, daß es sich nur um ein Übergangskabinett handelt.

Die Rote Fahne, das Zentralorgan der SPD, schreibt:

„Die sächsische Bürgerblockregierung ist nicht nur das Ergebnis der Politik der Sozialisten. Auch die „Linken“ sozialdemokratischen Führer tragen ihr gerüttelt Maß an Schuld. Ihr Verhalten in der Sitzung des Landtags zum Protest der proletarischen Tribünenbeländer ist nur ein Spiegelbild der proletarischen Verhalten in den Wochen vor der Regierungskrise. Jeder Vorschlag der kommunistischen Partei zur gemeinsamen Mobilisierung der Massen gegen die Bürgerblockregierung wurde von ihnen abgelehnt. Nicht nur das. Die ganze Politik der sächsischen Sozialdemokraten lief auf das Ziel einer Bürgerblockregierung heraus, um sich vor der Verantwortung vor der Arbeiterschaft drücken zu können. Selbst die kommunistische Kampagne für die Auflösung des sächsischen Landtages wurde jähliert, jeder Versuch, die Sozialisten aus den führenden Positionen in den Gewerkschaften zu entfernen, verhindert.“

Der Vorwärts, das Zentralorgan der SPD, versucht die Schuld auf die KPD abzuwälzen. Er verschweigt dabei, daß er bis in letzter Zeit mit den KPD-Vertretern das engste Koalitionsbündnis gehabt, er erklärt:

„Die kleine Gruppe des sächsischen Landtages, die noch immer, weil sie niemand daran hindern kann den Namen Alte Sozialdemokratische Partei Sachsen führt, hat nun also zwei Ministerkabinette, die sie bisher innehatte, mit Hilfe der Deutschnationalen geteilt! Damit hat sie einen Schritt getan, der sie noch viel weiter als die längst vollzogene organisatorische Scheidung von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands trennt und durch den sie sich die letzten Sympathien, die sie da und dort in der Partei außerhalb Sachsens noch besitzen haben mag, vernichtet hat. Es wird nur eine Stimme darüber geben, daß die Politik dieser ehemaligen Sozialdemokraten gerade das traurige Bild einer Koalitionsopposition ist, wie sie nicht gemacht werden darf. Helld, der einstige Vertrauensmann der Arbeitermassen, fungiert als der Beauftragte einer Gruppierung, in der die scharfen Klassengegner der Arbeiter den härtesten Einfluß ausüben. Er hat alles preisgegeben, nur nicht das Amt!“

Die sächsische Sozialdemokratie, die durch ihre Passivität an dem Zustandekommen dieser Bürgerblockregierung die Hauptschuld tragen, suchen diese durch eine wüste Kommunitenhege zu verschleiern; der Regierung sünden sie ärgste Opposition an. Die Dresdner Volkszeitung schreibt:

„Selbstverständlich wird es das Ziel der Sozialdemokratie sein, dieser Regierung so bald als möglich ein Ende zu machen, und die Regierung wird darauf rechnen müssen, daß ihr die Sozialdemokratie die schärfste Opposition bereitet. Allerdings brauchen sich die Kommunisten nicht einzubilden, daß sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion irgendwie an dem politischen Aufbruch beteiligen wird, zu dem die Kommunisten jederzeit bereit sind. Die Sozialdemokratie wird eine sächsische Opposition treiben.“

Die Volkszeitung bereitet schon auf die Regierungstätigkeit der SPD vor, die über „Lutz oder Lang“ doch die Regierungsgeschäfte übernehmen müsse, und führt dann folgenden Lufthieb gegen die KPD:

„Der Kommunist Böttcher wußte auch in der gestrigen Sitzung nichts Besseres zu tun, als eine Schimpfepistel gegen die Sozialdemokratie loszulassen, die er in Schreibmaschinen-Schrift fein säuberlich aus der Tasche zog. Die kommunistischen Einheitsfrontposten benutzen jede Gelegenheit zu dem Verlaß, die Kluft in der Arbeiterschaft noch mehr zu erweitern. Wenn es heute so weit gekommen ist, daß in dem roten Sachsen eine Bürgerblockregierung zustande kommen konnte, so ist das in der Hauptsache doch die Schuld der Zerplitterungsarbeit dieser Sorte von Einheitsfrontkämpfern. Ihnen haben wir es in letzter Linie zu verdanken, daß die sächsische Arbeiterbewegung durch so schwere Wirren erschüttert und geschwächt wurde. Das müssen wir feststellen, ohne daß sich dadurch an unserm Urteil über die Verräterei der Helld, Wirth und Berke etwas ändert.“

Arme SPD!

Der Dresdner Anzeiger fühlt die Unsicherheit dieser zusammengesetzten Regierung, er prophezeit das nahe Ende des Landtages:

„Heute in acht Tagen wird Ministerpräsident Helld die Regierungserklärung abgeben. Wird es schon nicht leicht sein, die vielen in der Koalition vertretenen Parteien und die außerhalb der Koalition stehende, diese aber stützende Partei zu Anfang unter einen Hut zu bringen, so werden die kommenden Monate zweifellos erst recht mancherlei kritische Momente bringen. Schon liegt auch ein kommunistischer Auflösungsantrag vor, der zusammen mit der Aussprache über die Regierungserklärung behandelt werden soll. Zeit wird er noch keinen Erfolg haben. Wer aber wagte zu prophezeien, daß dieser Landtag wie sein Vorgänger die normalen vier Jahre durchhält?“

Die deutschnationalen Dresdner Nachrichten kündigen gleich Ansprüche der Deutschnationalen an und schreiben:

„Ob das letzte Wort über die endgültige Zusammenfassung des Kabinetts bereits gesprochen worden ist, ist im Augenblick noch nicht genau zu übersehen. Es dürften wohl bei der überlängten Einigung noch Begehörungen der Koalitionsparteien mit den Deutschnationalen folgen. Wesentliche Änderungen sind allerdings vorderhand nicht zu erwarten, wenn es auch als selbstverständlich angesehen werden kann, daß die Deutschnationalen nicht ohne Konzessionen der Koalitionsparteien ihre Zustimmung zur Wahl des Ministerpräsidenten gegeben haben. Mag man es befehlen, mag man bestreuen aufsetzen, daß jetzt endlich die ewigen Sachsen im ganzen Reiches lächerlich machenden Leerläufe der Ministerpräsidentenwahlen ein Ende haben; eine Ideallösung sieht anders aus!“

Die sächsische Presse schreibt denn auch über die baldige Wandelbarkeit des Kabinetts:

„Die vier Volksrechtler aber haben, obwohl offenbar zur Koalition gehörig, mit ihrer getriebenen Entschlossenheit, unter Umständen sogar für einen Preisler zu stimmen, eine Probe politischer Zuverlässigkeit abzugeben, die für die Zukunft des Kabinetts höchst bedenklich stimmen muß. Es ist darum schwer zu verstehen, daß man in der Koalition nicht alles aufgegeben hat, die Volksrechtlerpartei durch ein Ministerium — wie wäre es mit dem Finanzministerium? — an die Regierung fest zu binden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß bei einem Teil dieser Fraktion unverkennbare Tendenzen nach links bestehen, die unter Umständen noch manche Schwierigkeiten erwarten lassen. Eine spätere Erweiterung der Regierung nach links wie vor allem auch nach rechts wäre darum vielleicht der beste Weg, zu einer Regierung zu kommen, die mehr Aussicht auf reibungsloser sächsischer Arbeit bietet, als die jetzt in Aussicht genommene. Man wird gewiß abwarten müssen, wie die neue Regierung arbeitet.“

Das Organ der Sozialdemokraten, der Volksstaat, lobt die Deutschnationalen und legt sich dann mit den Sozialdemokraten auseinander, deren Verhalten er an dem der Kommunisten vergleicht, er schreibt:

„Die Deutschnationalen, man muß es einräumen, waren nicht zu beneiden. Die ganze Veranstaltung war auf sie abgewartet. Sie hatten zu erwägen, ob sie unter Umständen

dem Einfluß der Kommunisten die Wege ebnen wollten. Wollten sie es vermeiden, so mußten sie die schwersten Opfer bringen. Sie mußten sich auch sagen, daß das halbkomunistische Kabinett, wenn es erst im Sattel käme, so leicht wohl nicht wieder gestürzt werde. Sie entschlossen sich, ihre Stimme für Helld abzugeben; sie entschlossen sich, es ist nicht zu leugnen, in ebenso kluger wie vornehmer Weise. Nur wenige wählten, als die zweite Sitzung begann, was zu erwarten war...“

„Ausdrücklich muß bemerkt werden, daß bei aller begreiflichen Feindseligkeit der Kommunisten gegen Helld ihre Kampfesweise unvergleichlich lächerlicher und anständiger ist als diejenige der Linkssozialisten. Es ist zu spüren, daß die Kommunisten immerhin die Vertreter eines Standpunktes sind, der, wenn wir ihn auch nicht teilen, doch seine innere Logik und seine gemäßigten Gründe für sich hat. Das kann man von den Linkssozialisten nicht sagen. Sie sind die Verkörper aller unmöglichen Halbheiten: Klassenkämpfer und Pazifisten, Staatsbejaher und Staatsverweiner, Koalitionsgegner einmal aus Prinzip, dann nur aus Taktik; kurzum, ein Gemengel lächerlichster Widersprüche. Ihre Stellungnahme wird nicht wie diejenige der Kommunisten durch eine ganz besondere Art, die Dinge zu betrachten, bestimmt, sondern nur durch Schamlosigkeit, Rachsucht und Mißgunst des Nichtsünderes, Reid des Stümpfers.“

Auch den, den Demokraten nahestehenden Dresdner Neuesten Nachrichten ist trotz ihres Jubelrufes, den sie an die Spitze ihres Artikels setzen, „Habemus papam“, nicht sehr wohl. Sie schreiben:

„Die Art, wie nach diesen langen Krämpfen das Kabinett schließlich geboren worden ist, bedeutet natürlich zweifellos keine nicht unerhebliche konstitutionelle Schwächung. Auch deshalb war die Kritik an dem Verfahren, so wenig sie selber beabsichtigt worden ist, notwendig genug. Die Gefahren stehen deutlich nahe für eine Regierung mit so unklarer Majorität bei der Beratung jedes Gesetzesentwurfes. Und sie werden vermehrt dadurch, daß man schließlich für das Vier-Uhr-Ja der Deutschnationalen die Gelegenheit suchte, dieser Partei im Frühmorgen die Gelegenheit zur Erörterung ihres Eintritts in das Kabinett zu geben. An und für sich ist es zweifellos erfreulicher, wenn eine Partei, die immerhin so viel wie Abgeordnete aufzuweisen hat, als andere Parteien, die mehrere Minister stellen, vornehmlich mittritt. Ob das im Juni erreichbar sein wird, erscheint uns mindestens zweifelhaft. Unter Umständen würde also das Wahlverfahren dann wieder erneuert werden mit einem höchst ungewissen Ausgang. Und diese Unsicherheit wird gesteigert dadurch, daß man eben von gewissen kleinsten Fraktionen alle möglichen Überzählungen erwarten darf.“

Trotz allem Jubel über die Abwehr des kommunistischen Einflusses finden wir überall die Furcht vor dem nahen Ende.

Die Leipziger Volkszeitung schreibt unter der Überschrift „Eine Wüsterkollektion von Reaktionären“:

„A schon in dieser Verteilung der Ministerposten die sichere Garantie für einen stromen reaktionären Kurs gegeben, so noch viel mehr durch den Ministerpräsidenten Helld, der sich so schon bisher des Vertrauens der Deutschnationalen erfreut. An fortwährende Arbeit ist unter diesem Kabinett selbstverständlich nicht zu denken. Am so mehr ist es Aufgabe der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, in energischen Vorfällen den Landtag und die Regierung vor fortschrittliche Entscheidungen zu stellen. Durch entsprechende Anträge und Gesetzesentwürfe muß unsere Fraktion die reaktionären Parteien zwingen, offen Farbe zu bekennen. Dadurch werden auch die Gegenläufe innerhalb der Parteien jurage treten, die das Kabinett in den Sattel gehoben haben.“

Unter Leipziger Bruderorgan, die Sächsische Arbeiterzeitung, schreibt:

„Die Sozialdemokratie verjagt umsonst, sich von der Verantwortung freizumachen. Sie ist für das neue Helld-Kabinett genau so mitverantwortlich wie das alte, dessen Politik sie trotz aller Scheinopposition de facto mitmachte. Die Sozialdemokratie dachte nicht einen Augenblick daran, außerparlamentarische Mittel anzuwenden, um ihr eigenes Programm in Angriff zu nehmen, sie verlegte sich auf Schader und verließ sich auf Verprechungen der Aufwertungsleute. Sie steht jetzt als betrogene Betrügerin da.“

Amerika heßt gegen Colles

Erlagene Fußschmelzungen — Amerika bewaffnet Diaz — Mexiko fordert sofort amerikanischer Waren

Die amerikanischen Meldungen über neue Unruhen in Mexiko werden zum Zwecke der Diskreditierung des mexikanischen Präsidenten Colles verbreitet. Sie beruhen nicht auf Wahrheit. Zeit heißt, daß der konterrevolutionäre Präsident Ricaragua, Diaz, große Waffenlieferungen mit besonderer Erlaubnis des Washingtoner Staatsdepartements erhalten hat. Auch die argentinische Presse ist aufs höchste empört über das Vorgehen Amerikas in Nicaragua. Der spanisch-mexikanische Ausschuh Mexiko verlangt den sofortigen amerikanischen Waren in Mexiko und Mittelamerika.

Amerikanische Truppenzusammenschließungen an der mexikanischen Grenze

New York, 12. Januar. Laut Erklärung des Kriegsdepartements sind 15.000 Mann, besonders Kavallerie und Infanterie, an der mexikanischen Grenze zusammengezogen worden. Außerdem sind Sonderoffiziere nach den Staaten Arizona und Texas entsandt worden.

Rodefeller marschiert!



„Wenn es um Del geht, spielt Blut absonst keine Rolle.“

Der Kampf um Nicaragua

M. S. Seit Jahren kann man schon beobachten, daß zwischen den Friedenshochzeiten und Neben des amerikanischen Präsidenten Coolidge und den imperialistisch-militaristischen Taten seines Ministers immer ein Zusammenhang besteht. Sobald nämlich Coolidge von der Notwendigkeit der Abrüstung oder der Erhaltung des Friedens spricht, so weiß man schon im voraus, daß daraufhin sehr bald entweder eine Vorlage zur Verstärkung der Kriegsmarine und der bestehenden Luftschiffgeschwader oder aber eine imperialistische Aktion folgt. So war es auch diesmal. Kaum ließ Präsident Coolidge in seiner Weihnachtswort die Kammer die Weltabrüstung und der Beilegung des gegenwärtigen Mißtrauens der Nation verkünden, da kam unmittelbar darauf die bewaffnete Intervention in Nicaragua. Es fragt sich nun, was eigentlich in Nicaragua vor sich geht und welches die eigentlichen Gründe der amerikanischen Intervention sind.

In Nicaragua ist vor kurzem wieder einmal eine der in Mittelamerika so üblichen „Revolutionen“ ausgebrochen. Der bisherige Präsident von Nicaragua, General Adolfo Diaz, eine Kreatur der USA wird von dem Führer der Liberalen, Sacala, gestürzt. Letzterem ist es auch gelungen, einen großen Teil des Landes auf seine Seite zu bringen und den General Diaz zu schlagen. Sacala drang bereits bis nach Managua, der Hauptstadt des Landes vor und es sieht nach, daß die Stunde des General Diaz geschlagen hat. Da entsandte die Washingtoner Regierung nach Nicaragua ein Geschwader unter Führung des Admirals Patmer, das zurzeit aus 15 Kriegsschiffen, mit 216 Offizieren und 4500 Mann Besatzung besteht. Die bewaffnete Intervention, die die Vereinigten Staaten dem reaktionären General Diaz gewährt, hatte die weiteren Erfolge Sacalas in Frage gestellt.

An sich wäre die ganze Angelegenheit ziemlich belanglos; lediglich wäre damit ein neuer Beweis erbracht, daß trotz Völkerverbund und der zahlreichen Friedenshochzeiten Coolidges das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen weiter mit Füßen getreten wird.

Der Konflikt in Mittelamerika ist aber deshalb von größter politischer Bedeutung, weil die Vereinigten Staaten auf dem Umwege über Nicaragua den Versuch machen, eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Mexiko herbeizuführen, um dadurch endlich den Sturz der dortigen fortschrittlichen Regierung des Präsidenten Calles zu ermöglichen. Die gegenwärtige an sich gesegnete mexikanische Regierung ist in der bürgerlichen Welt, besonders aber in der USA als „höflichste“ verschrien, weil sie es wagte, einerseits den Grund und Boden als Eigentum der Nation zu erklären und andererseits den Verbrennungsfeldzug der Kirche durch die Trennung derselben vom Staat ein Ende zu machen. Die mexikanische Regierung unterstützt Sacala in seinem Kampf gegen den Reaktionär Diaz. Dieser Umstand ist nun von der Washingtoner Regierung, einer Erklärung des Staatssekretärs Kellogg zufolge, als „unfreundlicher Akt“ bezeichnet worden. Gleichzeitig hat ein amerikanischer Kreuzer ein mexikanisches Schiff, das angeblich an Bord Waffen und Munition für Sacala hatte, angehalten und beschlagnahmt. Die herausfordernde Haltung Washingtons Mexiko gegenüber hat eine Verschärfung der politischen Lage herbeigeführt. Und man spricht bereits in Amerika offen von der Möglichkeit eines Krieges mit Mexiko.

Die Tatsache, daß die Vorgänge in Nicaragua von amerikanischer Seite dazu benutzt werden, um gegen Mexiko Stimmung zu machen und mit diesem Lande einen Konflikt herbeizuführen, offenbaren die wahren Gründe der amerikanischen Intervention. Vor einigen Wochen wurden im Washingtoner Repräsentantenhaus Enthüllungen darüber gemacht, daß der Unterstaatssekretär Olds vor einiger Zeit eine vertrauliche Konferenz mit Vertretern der amerikanischen Presse hatte, in welcher dieser die letzten gebeten habe, die amerikanische öffentliche Meinung auf die „höflichste Weise“ hinzuweisen, die angeblich von Mexiko aus drohe. Mit Hilfe eines solchen plumpen Manövers sollte gegen Mexiko Stimmung gemacht, und somit der Boden für eine künftige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexikos vorbereitet werden.

Die bolschewistische Gefahr bestand nun darin, daß die mexikanische Regierung auf Grund des Gesetzes über die Nationalisierung der Bodenschätze die Oelgesellschaften verpflichtete, innerhalb einer bestimmten Frist bei den mexikanischen Behörden eine Veräußerung ihrer Konzessionsrechte zu beantragen (Definitivität besitzt Mexiko große Oelfelder, die in der Gegend von Tampico liegen und hauptsächlich von englischen und amerikanischen Gesellschaften ausgebeutet werden). Ein solcher Antrag würde aber gleichbedeutend mit der Anerkennung der Eigentumsrechte der mexikanischen Regierung auf die Oelfelder seitens der ausländischen Oelgesellschaften sein, und während die englischen Oelmagnaten sich schweren Herzens entschlossen haben, der Forderung der mexikanischen Behörden Folge zu leisten, lehnten es die amerikanischen Oelkönige ab, einen solchen Antrag zu stellen. Unmittelbar vor Weihnachten wurde von den amerikanischen Oelherren in Mexiko in einer geheimen Konferenz ein entsprechender Beschluß gefaßt. Die Haltung der amerikanischen Großkapitalisten bedeutet eine Herausforderung der mexikanischen Regierung. Auf Grund der mexikanischen Gesetze wird wohl gegen die amerikanischen Oelgesellschaften ein gerichtliches Verfahren eröffnet, wobei dem Gericht auf Grund des Gesetzes über die Nationalisierung des Grund und Bodens das Recht zusteht, die Oelbestände der widerspenstigen ausländischen Oelgesellschaften zum Gunsten des Staates zu enteignen.

Die amerikanische Regierung tritt zwar offen für das Großkapital ihres Landes ein, mag es aber nicht, deswegen gegen Mexiko vorzugehen, weil eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Mexiko wegen der Interessen der amerikanischen Oelmagnaten, auf den Widerstand der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten stoßen würde. Andererseits würden aber die amerikanischen Oelkönige nichts mit ihren Besitzungen in Mexiko riskieren, wenn sie nicht die Zusicherung für eine Unterstützung ihrer Interessen seitens der Washingtoner Regierung hätten. Die Worte Olds sind deutlich, daß das Auswärtige Amt in Washington bestrebt ist, einen Konflikt mit Mexiko herbeizuführen. Die Tatsache, daß die Intervention in Nicaragua einige Tage nach dem Beschluß der amerikanischen Oelmagnaten erfolgte, weist auf die Zusammenhänge hin, die zwischen der Aktion zugunsten des Generals Diaz und dem Feldzug des Washingtoner Auswärtigen Amtes gegen Mexiko bestehen. Staatssekretär Kellogg will durch seine Intervention in Nicaragua einen neuen Konfliktstoff auf Mexiko schaffen, um dadurch die wahren Gründe der kommenden Auseinandersetzung, die Vereinfachung für die Interessen der amerikanischen Oelmagnaten, zu verbergen. Um dem amerikanischen Volke einzureden, daß in Nicaragua die sogenannten Lebensinteressen bedroht sind, wies Staatssekretär Kellogg in einer Konferenz mit Pressevertretern darauf hin, daß auf Grund eines Vertrages, der im Januar 1918 abgeschlossen wurde, den Vereinigten Staaten das Recht zustehe, einen neuen Kanal zu bauen, der wie der Panamakanal, den Atlantischen mit dem

Stillen Ozean verbinden soll und der vor allem militärischen Zwecken dienen wird. Aus diesem Grunde sei die Washingtoner Regierung ganz besonders daran interessiert, daß in Nicaragua „Ruhe und Ordnung herrsche“.

Es ist natürlich schwierig, voranzusagen, wie sich die Dinge in Mittelamerika weiterentwickeln werden. Es kann jedoch keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Washingtoner Regierung unbedingt einen Vorwand sucht, um sich in die inneren Angelegenheiten Mexikos einzumischen und den ehemaligen Präsidenten Huerta an Stelle von General Calles zu setzen. Man muß deshalb in aller nächster Zeit mit sehr ernstem Ereignissen in Mittelamerika rechnen, deren Folgen unabsehbar sein können. Wir möchten nochmals betonen, daß die amerikanischen Oelmagnaten nicht einen solchen Standpunkt gegenüber den Forderungen der mexikanischen Regierung zeigen würden, wenn sie nicht genau wüßten, daß hinter ihnen die Gelbheute der amerikanischen Flotte stehen.

Der gegenwärtige Konflikt in Mittelamerika ist eine glänzende Befähigung für die Auffassung, die in der kommunistischen Presse wiederholt über die sogenannte Friedenspolitik des Präsidenten Coolidge vertreten wurde. Wir behaupteten immer, daß all die Abrüstungsvorschläge Coolidges nicht den Zweck haben, einen wirklichen Frieden, sondern lediglich die Verringerung der Rüstungsausgaben herbeizuführen. Daß das „demokratische“ Amerika trotz aller Friedenshochzeiten und Abrüstungsvorschläge imperialistisch ist, das heißt, daß keine auswärtige Politik letzten Endes auf einen Krieg zur Eroberung neuer Märkte und Verdrängung der Konkurrenz hinausläuft — das beweist die gegenwärtige bewaffnete Intervention in Nicaragua und der Konflikt mit Mexiko.

Ueber 13 Millionen Spindelgelder

500 000 Mark für Volksgesundheit.

Der vor einigen Tagen veröffentlichte Etat für das Jahr 1927, der dem Reichstag vorliegt, enthält unter anderem auch im Etat des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums einige Posten, die das besondere Interesse der Öffentlichkeit verdienen. Wir lesen da im Etat des Auswärtigen Amtes Kapitel 3 Titel 35: „Geheime Ausgaben 8 Millionen Mark. Diese Mittel sind zur ausschließlichen Verfügung des Herrn Reichsaussenministers und unterliegen nicht der Prüfung des Rechnungshofes.“ Kapitel 3, Titel 48: „Nachrichtswesen im Ausland 2 700 000 Mark, die Mittel sind übertragbar und stehen zur alleinigen Verfügung des Reichsaussenministers.“ Das gleiche trifft zu bei Titel 49: „Nachrichtswesen im Inland“, wofür die Summe von 446 000 Mark ausgesetzt ist. Unter dem Titel „Wirtschaftliche Nachrichten“ erscheinen 500 000 Mark.

Aber damit nicht genug. Das Reich hat nicht nur Millionen für das Spindelwesen übrig, soweit es sich um Auslandsnachrichten handelt. Für die Bekämpfung und Beseitigung der revolutionären Arbeiterbewegung steht der Haushalt der Reichsanleihe Kapitel 1, Titel 24, die Summe von 1 484 000 Mark vor. Auch hier sind die Mittel übertragbar und stehen zur ausschließlichen Verfügung des Staatssekretärs der Reichsanleihe. Welche Bedeutung die Bourgeoisie ihrem Spindelapparat gegen die Arbeiterklasse beimißt, geht schon daraus hervor, daß dieser Posten im vorjährigen Etat überhaupt noch nicht existierte. Während 1926 unter der Rubrik Nachrichtenwesen im Inland im Etat des Auswärtigen Amtes 476 000 Mark ausgesetzt waren, also 30 000 Mark mehr, als für das Jahr 1927 vorgesehen, hat man wohl im Auswärtigen Amt 20 000 Mark für diesen Zweck geteilt, aber der Reichsanleihe dafür die runde Summe von anderthalb Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Außerdem aber steht der Etat des Innenministeriums für das sogenannte Reichskommissariat für Überwachung der öffentlichen Ordnung noch die Summe von 388 209 Mark, davon 240 000 Mark für Nachrichtendienst vor. Auch diese Summe ist ohne weiteres im allgemeinen Spindelfonds zu verrechnen.

Insgesamt ergibt sich also, daß für das Jahr 1927 die Summe von 13 578 209 Mark, also mehr als 13½ Millionen Mark, lediglich zur Bekämpfung von Spiegeln von den Steuerzahlern bezahlt werden sollen. Die Höhe dieser Summe gewinnt erst die richtige

Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß zur „Förderung des Gesundheitswesens“ im Etat des Reichsinnenministeriums ganze 600 000 Mark, also noch nicht der sechste Teil der Höhe des Spindelfonds angelegt sind. Dieser kleine Auschnitt aus dem Finanzprogramm der Bourgeoisie für das kommende Jahr ist eine gute Ergänzung zu dem ungeheuren Skandal der Militärdenkmalen des Reichswehrministeriums. Zur Beseitigung und zur Niederhaltung der Arbeiterklasse ist immer Geld vorhanden. Mit diesem Generalrezept hilft man sich über gewisse „bedauerliche Ungenügsamkeiten“ in Fragen wie Volksgesundheit, Wohnungswesen und dergleichen hinweg.

Die Chemiker Volkstimme enthüllt den Bankrott der künstlichen Giftgasbomben

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die künstlichen Giftgasbomben, statt zu beweisen, was die SPD über russische Granatlieferungen an die Reichswehr schwandte, in Wirklichkeit das Gegenteil — die Unmöglichkeit dieser Lieferungen bewiesen. Denn in der künstlichen „Unterredung“ hieß es:

„Die Russen haben Stolzenberg als Schwindler bezeichnet, weil tatsächlich ungenügende Ergebnisse erzielt wurden. Es wurden zwar einige Tonnen Phosgen produziert und Füllhüllen zur Abfüllung von Gasgranaten gebaut, aber abgefüllt wurde nichts, da uns die Ueberflutung zuvorkam.“

Dieser Satz steht in krassem Widerspruch zu der verlogenen Schlussfolgerung, mit der die gesamte SPD-Presse das künstliche Giftgaswerk ausrüstete:

„Es besteht also kein Zweifel mehr, daß Reichswehr und Sowjetrußland gemeinsam Giftgas fabriziert haben, um die Reichswehr für den Bürgerkrieg mit diesem entscheidendsten aller Kampfmittel auszurüsten.“

Dieser Widerspruch ist der Chemiker SPD-Zeitung, der Volkstimme, offenbar so krasch erschienen, daß sie einfach dazu überging, sogar das Produkt ihres eigenen Parteigenossen zu verfälschen und den Satz der angeblichen Arbeiter über die Nichtabfüllung der Granaten einfach zu unterschlagen. Diese Unterschlagung kennzeichnet nicht nur die verlogenen Methoden des Chemiker sozialdemokratischen Blattes, sondern den Charakter der ganzen künstlichen Giftgasfabrik, weil deren Durchsichtigkeit und Verlogenheit dadurch ins rechte Licht gesetzt werden.

Neues aus aller Welt

Wieder ein Kinobrand

Berlin, 11. Januar. (Telution.) Wie die Abendblätter aus Mailand melden, ist in einem Kintheater in Cosenza während einer Vorstellung im Vorführungsraum ein Brand ausgebrochen, der rasch großen Umfang annahm. Es entstand eine schreckliche Panik, viele Personen sprangen aus den Logen in den Saal hinunter, andere litten durch Rauch und Feuer den Ausgang und erlitten Brandwunden. Das Feuer konnte erst nach vereinten Bemühungen von Polizei, Feuerwehr und Miliz gelöscht werden. Es wurden 15 Verletzte gezählt.

Zwei Vergleite verunglückt. Auf der Schichtanlage 8-9 der Zeche Jollereich in Essen wurden zwei verheiratete Vergleite verunglückt. Beide konnten nach den sofort einsetzenden Rettungsarbeiten nur tot geborgen werden.

Zunahme der Grippe-Erkrankungen in Basel und Zürich. In der Zeit vom 1. bis 7. Januar sind in Basel 85 Personen an Grippe gestorben. Die Zunahme der Erkrankungen in der letzten Woche betrug etwas über 3000 Personen. In Zürich betrug die Zunahme der Erkrankungen in der ersten Januarwoche 1927 Fälle.

Schiffszusammenstoß im Hamburger Hafen. Beim Hamburger Hafentor stieß heute die mit drei Mann besetzte Jollbarfasse Defensor mit dem Dampfer Rudolf zusammen. Die Barkasse sank und rief den Maschinisten mit in die Tiefe. Die beiden anderen Besatzungsmitglieder konnten sich retten. Ein Taucher bemüht sich um die Hebung der Barkasse.

„Sozialfürsorge“ der Heldt-Regierung

Die Regierung sabotiert die Beschlüsse des Landtages

Am 16. Dezember 1926 hat der Landtag einen Antrag angenommen, der die Regierung beauftragt, eine Vorlage zu unterbreiten, nach der der Klein-, Sozial- und Kriegereinstern, Wohlfahrtsunterstützungsempfängern und besonders bedürftigen Erwerbslosen eine Winterbeihilfe gewährt wird.

Den Bezirksfürsorgeverbänden, Städten und Gemeinden sollten zu diesem Zweck 10 000 000 RM. zur Verfügung gestellt werden.

Diesem Beschluß des Landtags ist die Heldt-Regierung jetzt auf ihre Art nachgekommen. Sie legt ihren sozialen Charakter dadurch, daß sie dem Landtage eine Vorlage unterbreitet, nach der für den oben genannten Zweck nicht 10 000 000 RM., sondern nur 1 000 000 RM. zur Verfügung gestellt werden.

Die Regierung erklärt in dieser Vorlage, daß ja vom Reich 25 000 000 RM. zur Verfügung gestellt seien und daß aus Landesmitteln solche Hilfsbedürftige unterstützt werden sollen, die durch die Reichsunterstützung nicht erfaßt werden. Als solche bezeichnet die Regierung eheverlassene Mütter, die sonst keine Rente beziehen, Krüppel, die von Jugend an auf öffentliche Fürsorge angewiesen sind und keine Invalidenrente erhalten, verarmte, früher selbständige Gewerbetreibende, deren Witwen und Waisen, sowie kinderreiche Familien, die ebenfalls von der Reichshilfe nicht erfaßt werden.

Die Regierung erklärt, daß sie einen höheren Betrag, wie 1 000 000 RM. nicht einsehen könne, da sonst die Staatsfinanzen gefährdet würden.

Bei der Bemessung von oft sehr überflüssigen Ausgaben — wir erinnern hier nur an die weit über 1 600 000 RM., die für die Rennvereine aufgebracht werden und an die mehrere Millionen Mark umfassende Summe, die für ein Hygiene-Museum bewilligt wurden, obgleich der Bau eines solchen Museums jetzt sicherlich nicht so notwendig war, wie die Unterstützung der Fürsorgebedürftigen — hat man bisher nichts von Gefährdung der Staatsfinanzen verstanden lassen.

Interessant ist aus der Begründung der Vorlage, daß hier durch eine Landesregierung einmal offen und unerschützt zugegeben wird, daß die Erwerbslosenunterstützung nach den Interessen der Unternehmer festgelegt wird. In der Begründung der Vorlage heißt es, daß es erforderlich erschien, „auch in solchen Fällen zu helfen, in denen die Reichsunterstützung nicht ausreicht“. Bornehmlich kommen hier Erwerbslose mit 4 und mehr unterhaltungsbedürftigen Kindern in Frage, weil Erwerbslosenunterstützung und die nach dieser abgestufte Reichshilfe nur für 3 und zum Teil für das 4. Kind aus Lohnpolitischen Gründen gegeben wird.“

Der ist also durch eine amtliche Stelle bestätigt, daß die Unterstühtungslage bei den Erwerbslosen deswegen so niedrig

sind, weil sie sonst eine Wirkung auf die Lohnhöhe der Arbeiter haben könnten. Die ständige Senkung der Löhne verlangt, daß nur ganz unzureichende niedrige Unterstühtungen gezahlt werden. Dieses Eingeständnis der tatsächlichen Regierung, die dieses bemut, um ihrer 10-Prozent-Bemessung ein soziales Mäntelchen umzuhängen, muß man festhalten.

Entweder zur Irreführung der Betroffenen oder auch wohl zur eigenen Beruhigung macht die Regierung dann folgende Rechnung auf: Sie erklärt, aus Reichsmitteln würde ein Betrag von 2,3 Millionen RM. für Kleinrentner, Sozialrentner und langfristige Erwerbslose und ein Betrag von 1,5 Millionen RM. für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene nach Sachsen fließen. Außerdem haben die Bezirksfürsorgeverbände und die Gemeinden einen Betrag von 2 845 000 RM. zur Verfügung gestellt.

(Diese letztere Tatsache wollen wir hier besonders hervorheben, weil damit das demagogische Manöver der SPD, durch das Fehlen des Genossen Böttcher bei der Abstimmung, seien die Gemeinden nicht in der Lage, Auszahlungen zu machen, entlarvt wird.)

Die Regierung erklärt weiter, wenn man nun den oben angeführten Summen noch die vom Freistaat Sachsen gewährte 1 000 000 RM. hinzurechnet, so würden für die Forderungen des Antrages, der im Landtag angenommen sei, insgesamt 7 845 000 RM. ausgegeben.

Diese Aufstellung soll irreführend davon ablenken, daß anstatt der geforderten 10 000 000 RM. nur 1 000 000 RM. bewilligt wird. Die Regierung zählt einfach alle von anderen Stellen verausgabten Gelder der Aktion des Freistaates Sachsen hinzu und will damit in der Öffentlichkeit den Anschein erwecken, als würden von den geforderten 10 000 000 RM. ja circa 8 000 000 RM. aufgebracht.

Das war aber keineswegs der Sinn des gestellten und angenommenen Antrages, sondern der Antrag verlangte, daß neben den aus Reichsmitteln gewährten Beihilfen vom Freistaat Sachsen noch 10 000 000 RM. ausgegeben werden.

Schon diese erste Maßnahme der Heldt-Regierung, von einer vom Landtag beschlossenen sozialen Maßnahme einfach 90 Prozent abzukürzen, zeigt die reaktionären Charakter dieser Regierung und muß für alle Sozialrentner, Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen ein Ansporn sein, gegen diese Regierung und den Landtag — wenn nicht diese Maßnahme der Regierung gefallen läßt — und er wird sie sich gefallen lassen — den härtesten Kampf zu führen.



13. Januar 1923: Protest Sowjetrusslands gegen Ruhrbelegung. — 1920: Kundendemonstration in Berlin gegen das Betriebsratsgesetz vor dem Reichstag. Blutbad unter den Demonstranten durch Reichswehr. — 1910: Politische Auflösung der freien Jugendorganisation in Berlin.

„Sparsmaßnahmen“ bei der Straßenbahn

Von einem Straßenbahner erhalten wir folgende Zuschrift:

„Da der Fahrpreis der Straßenbahn erhöht worden ist, sollte man glauben, daß es wirklich an Geld fehlt und daß im Betrieb selbst sparsam gewirtschaftet wird. Aber sieht man sich die Wirtschaft im Betrieb etwas näher an, so wird man bald einen Besseren belehrt. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß die Direktion eine Anzahl Omnibusse gekauft hat, von denen heute der größte Teil in den Hallen steht und nicht gebraucht wird. Hätte die Direktion nicht besser getan, wenn sie erst verhältnismäßig billige Omnibusse gekauft hätte? Aber weiter: Es kommt in den Verkehrsstunden öfters vor, daß die Wagen überlastet sind (natürlich auf Linien, wo hauptsächlich Arbeiter fahren) und somit zugrunde gerichtet werden. Könnte man da nicht Abhilfe schaffen? Dagegen werden nichts, wenn die Spieker, von ihren Jochgelagen kommend, nach Hause fahren wollen, gute Wagen zur Verfügung gestellt, damit die verdorrten Seelen der Dresdner Spiekerbürger nicht zu Fall kommen. So wurden an den Feiertagen auf der Linie 1 bis in die Nacht hinein zwei Anhänger auf der Straße gelassen, die nicht beheizt waren. Auf der Linie 2 wurden Kraftfahrzeuge vom Kraftplatz gestellt. Diese waren ebenfalls nicht beheizt. So führen 2 bis 5 Mann in den Wagen. Kein Wunder, denn nach Strichen verkehren des Nachts genügend Linien. Die Direktion könnte ja nun behaupten, daß man nicht vorher wissen konnte, ob jemand fahren würde. Aber jeden Tag kommen die Straßensicherer über die Belegung der Wagen zur Verarbeitung ins Stadthaus und gibt ein Schaffner nicht rechtzeitig diese Unterlagen ab, so muß er Straßensicherer. Außerdem hat man ja genügend Kontrolleure, die ebenfalls den Verkehr übersehen können. Und schließlich: Warum hat man es nicht so übrigt dort, wo man weiß, daß regelmäßig täglich die Wagen überlastet sind, Abhilfe zu schaffen? Es dürfte sich wohl notwendig machen, daß die Arbeiter der Direktion der Straßenbahn zu verstehen gibt, daß sie ein wenig vernünftiger zu wirtschaften hat, denn wenn man das machen würde, hätte man auch die Fahrpreiserhöhung, die nicht zur Hebung des Verkehrs beiträgt, vermeiden können.“

Schwäffer. Die Elbe führt seit einigen Tagen Hochwasser. Zur heute abend meldet die Wasserbauverwaltung Dresden einen Wasserstand von 185 Zentimeter über Null am Dresdner Elbpegel. Das Wasser steigt langsam weiter. Auch aus anderen Teilen des Landes wird Hochwasser gemeldet. Sämtliche Flüsse der sächsischen und preussischen Oberlausitz und des angrenzenden Nordböhmens sind zum Teil über ihre Ufer getreten, so u. a. die Neiße bei Jittau, die Elster bei Domschwerda, die Weisitz bei Biskopsberg, die Roder bei Rabenberg, vor allem aber die Spree ober- und unterhalb Bauken. Alle Ortshäuser des niederen Landes sind gemauert worden. Im Westen des Landes führen die Gebirgsbäche und Flüsse ebenfalls Hochwasser. Die Wasserwallperron bei Rattau und Klingenberg sind vollständig gesüßelt. Das Wasser überflutet bereits die Sperrmauern. Gehtobehendes Hochwasser wird auch von den beiden Nulben gemeldet.

Vorbereitende Straßenbahnleistungen. In der Nacht vom 13. zum 14. Januar von 1 bis 1:30 Uhr früh werden wegen Überleitungsarbeiten nachstehende Linien umgeleitet. Es verkehren die Wagen der Linien 8 und 10 zwischen Hauptbahnhof und Marienbrücke über Bismarckstraße, Höhe Brücke, Plauenischer Platz, Große Plauenische Straße, Maxenstraße, Postplatz und Dora-Allee und umgekehrt, der Linien 7 und 20 zwischen Hauptbahnhof und umgekehrt. Auf Linie 15 zwischen Postplatz und Plauen verkehren Kraftomnibusse, die die ausfallenden planmäßigen Straßenbahnfahrten in beiden Richtungen ersetzen.

Neue Kartennverkaufsstelle. Dem Papier- und Spielwarenhandler Herrn Bruno Freyler, Köhnig-Bellerau, Morchburger Straße 1, ist der Verkauf von Fahrkarten und Fahrscheinen für die Linie Industriegelände-Köhnig-Kölnische übertragen worden.

Fahrkarten für die Straßenbahnlinie nach Cöhlmannsdorf. Zwölfertarten und Uebergangsfahrtkarten für die Cöhlmannsdorfer Linie sind künftig auch in der Wache des 21. Wohlfahrtspostbezirktes im Stadthaus Köhntau und des 23. Bezirks im Stadthaus Plauen zu haben.

**ENIN
IEBKNECHT
LUXEMBURG**

GEDACHTNISKUNDGEBUNG

der Arbeiterklasse für die großen Führer der proletarischen Revolution.

Heidenau am 14. Januar, 7:30 Uhr Schützenhaus.
 Baucha am 14. Januar, 7:30 Uhr Bürgergarten.
 Freital am 15. Januar, 7:30 Uhr Goldener Löwe (Freital-Foschappel).
 Tharandt am 15. Januar, 8 Uhr Deutsches Haus.
 Wildberg am 15. Januar, 7:30 Uhr Gasthof.
 Viena am 16. Januar, 7:30 Uhr Volkshaus.
 Dorsheim am 16. Januar, 2:30 Uhr Gasthof.

Referenten: Genosse Melcher, Siegel, Dr. Schwinde, Kerner, Werner und Hoop.

am 19. Januar, 6:30 Uhr, Krillkaufplatz — Bürgergarten
 Köhntau — Reichskrone Neustadt — Volkshaus-Dö Striesen.
 Musik, Regitationen, Sprechchor. Redner: Seferst, Gärne, Melcher.

Proletarier, Proletarierinnen, erscheint in Massen zu diesen Kundgebungen!

Sprechchor Groß-Dresden
 (KPD, KPB, KZ, KZB, KZS)
 Sonntag, 16. Jan., vorm. 8:30 Uhr im Brandenburger Hof

Spieleprobe.
 Nachm. 2:30 Uhr dabei Sprechchor, Hauptprobe.

Die Dresdner Erwerbslosen fordern Auflösung des Sächsischen Landtages!

In einer sehr gut besuchten Versammlung am 11. Januar nahmen die Erwerbslosen Stellung zu den Vorgängen im Landtage und zu ihren Forderungen an den Landtag und an den Rat zu Dresden. Genosse Paul Bölliger, M. d. L., ergriff die internationale Zusammenhänge mit den Vorgängen im Sächsischen Landtage. Durch das passive Verhalten der SPD konnte diese Regierungsmaschine so lange gespielt werden. Sie lehnte es ab, außerparlamentarische Aktionen gemeinsam mit der KPD durchzuführen. Die Landtagsmehrheit wird die Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Arbeiter rücksichtslos und brutal durchzuführen. Es gilt, den Kampf für Auflösung des Landtages zu organisieren. Erwerbslose und Arbeitende müssen Schulter an Schulter gegen die Reaktion in Sachsen wie im Reich gemeinsam kämpfen. Folgende Resolution wurde gegen 1 Stimme angenommen:

Die am 11. Januar 1923 in der Reichskrone versammelten Erwerbslosen fordern vom Landtag:
 Sofortige Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung um 25 Prozent.

Dazu ist notwendig, daß der Landtag einen Beschluß herbeiführt, der von der Reichsregierung verlangt, Sachsen infolge der hohen Erwerbslosenziffer als Notstandsgebiet zu erklären. Die Erwerbslosen fordern weiter vom Sächsischen Landtag schärfste Abschaffung jeder Meiderhöhung und Vorkerbung der Zwangswohnungswirtschaft. Die Versammelten erklären sich bereit, für diese Forderungen mit den in Betrieben Beschäftigten zu kämpfen. Jede Regierung, die kein soziales Verständnis für die Minderbemittelten zeigt, muß von dem Massenwillen der sächsischen Arbeiterklasse hinweggeleitet werden. Der Kuhhandel um die Ministerkessel zeigt, daß eine Bürgerblockregierung mit der größten Brutalität das Programm der sächsischen Industriellen auf Kosten der Arbeiter durchzuführen will. Die Versammelten werden gegen eine solche Regierung mit allen Mitteln den außerparlamentarischen Kampf führen. Sie verlangen von allen von der Arbeiterklasse in den Sächsischen Landtag gewählten Vertretern, daß diese ihrem Verlangen Rechnung tragen und nötigenfalls die Auflösung des Landtages erzwingen.

Zu den Vorgängen in Vitauen wurde nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen:

Kommunistisch-sozialdemokratisches Präsidium in Freital

Ein Gegenstück zu den heute stattfindenden Dresdner Vorwahlen

Die Einkommensentwicklung in der Arbeiterklasse und der sich dadurch ergebende starke Druck auf die Sozialdemokraten hat nun auch im Freitaler Stadtparlament seinen Ausdruck gefunden. Bei der Wahl des Präsidiums wurden in der Sitzung am Montag die Bürgerlichen vollkommen ausgeschlossen. Das Präsidium wurde aus 2 Kommunisten (Schneider und Schäfer) und 3 Sozialdemokraten (Wegig, Kahmig und Schumann) zusammengesetzt. Die bürgerlichen Fraktionen wagten nicht einmal den schäblichsten Versuch, einen eigenen Vorschlag zu machen. Ihnen lag noch die Niederlage und die Klamage in den Gliedern, die sie sich durch die juristischen Spitzfindigkeiten und die Paragraphenjurisprudenz des Rechtsanwaltes Dr. Klotz in der letzten Sitzung geholt hatten. Man wollte zu der einen Plomage nicht noch eine zweite hinzuzüügen, und so ließen die Bürgerlichen, ohne Widerstand zu leisten, über sich ergehen, was die Mehrheit, aus Kommunisten und Sozialdemokraten bestehend, beschloß. Sie verurteilten auch nicht einmal dagegen zu opponieren, daß ihre Vertreter aus einer ganzen Reihe wichtiger Ausschüsse hinausgewählt wurden. Herr Knebel machte ein langes Gesicht, als bei der Wahl zum Personalausschuss auch der letzte Vertreter der Fraktionsgemeinschaft Bürgerlich und Hausbesitzer hinausgeworfen wurde.

Die Wahlen zu den Ausschüssen gingen ziemlich glatt vonstatten, nachdem über die Belegung vorher zwischen KPD und SPD ein Einverständnis erzielt wurde. Es verdient festzustellen zu werden, daß die Sozialdemokraten verächtlich, trotz vorheriger Verhandlung eines Seitenritzung zu machen, um einen eigenen Beamtensauschuss ins Leben zu rufen. Sie mußten jedoch dem Drängen der Kommunisten nachgeben, die Angelegenheit zu vertagen, und somit der Forderung der Kommunisten Rechnung tragen die die Angelegenheit der Vertretung der Beamten, Angestellten und Arbeiter in dem Personalausschuss vor dem Forum der Beamten, Angestellten und Arbeitervertrattungen zur Aussprache stellen wollten. Bei den Ausschüßwahlen stellte Schleinitz (SPD) den Antrag auf Bildung eines Beamtensauschusses. Glaube er, damit die KPD überdieseln zu können, oder — wir wollen es zu seinen Gunsten annehmen — war er nicht genügend informiert, oder aber hat er vorzeitig gehandelt? Die Demokraten, der Wirtschaftsausschuss und der Arbeitsausschuss (SPD) haben sich jetzt zusammengefunden, die Gesellschaften paßt zueinander. Dem ehemaligen Stadtrat Schöne, der bei Aufstellung der Kandidatenliste von der SPD abgelehrt worden ist, wurde vom Oberbürgermeister Wedderkopff für seine Tätigkeit als Kurator des Heimatmuseums gedankt und ihm in Anerkennung seiner Verdienste eine „Ehrenurkunde“ überreicht. So hat auch er ein Plättchen.

Bei der Beratung des Eintrages des Rates gegen die Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer glaubte der Vorsitzende Wegig besonders schön zu arbeiten und brachte es schließlich auch fertig, aus dem Einpruch des Rates eine neue Vorlage an das Kollegium zu machen. Alle diejenigen, die geglaubt hatten, daß die Kommunisten ihre Stellungnahme zu dieser Steuervorlage preisgeben würden (Herr Bürgermeister Kimpel glaubte, den Kommunisten mit besonders guten Ratsschlägen zu dienen), wurden enttäuscht. Für die Vorlage stimmten nur die Sozialdemokraten und der USPD-Mann Bölliger. Die KPD lehnte es nach wie vor ab, diese Steuer zu bewilligen, auch dann, wenn die Sozialdemokraten durch Erfüllung der einfachsten proletarischen Forderungen von den Kommunisten verlangen, ihnen auf die Spuren kleinbürgerlicher Reformpolitik zu folgen.

Sitzungsbericht.
 Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Stadtverordnetenvereiner Wegig bekannt, daß er sich mit den maßgebenden Stellen im Ministerium in Verbindung gesetzt und dort ersuchen habe, daß die juristischen Angaben des Herrn Klotz unzutreffend seien. Genosse W. Schöne, M. d. L., beleuchtete treffend die Weisheiten des Herrn Klotz und bemerkte, daß es besser gewesen wäre, gleich das Letztmal fertig zu tagen. Kahmig (SPD) erklärte, man werde in Zukunft dem einzig wahren Juristen im Kollegium lieber skeptisch gegenüberstehen. Er verlas den Wortlaut der Entschließung der Gemeindevorstände. Herr Klotz (dgl.) stammelte verlegen, es sei nicht seine Absicht gewesen, die Beratung durchzuführen. Bölliger (USPD) sagte, das wertvollste sei, man müsse sich für die Zukunft merken, daß man von einem Juristen irreführt werden lei. Genosse Schöne, M. d. L., gab bekannt, daß die rechtsbürgerlichen Stadtverordneten privatim erklärten, man habe bei den Bürgerlichen auch mal lachen wollen. (!) Doch die zuletzt Redenden seien wir. Die Stadtverordnetenwahlen wurden für gültig erklärt. Zum 1. Stellvertreter des Stadtverordnetenvorsethers wurde Genosse W. Schöne, M. d. L., gewählt, zum 2. Stellvertreter Kahmig (SPD), als Schriftführer Schleinitz (KPD) und Schumann (SPD), alle einstimmig. Vor der Wahl der ständigen gemischten Ausschüsse gab der Vorsitzende bekannt, daß sich die Herren Schöne, M. d. L., (Dem.), Knebel, Steider (Wirtschaftsverb.) und Herr Bölliger (USPD) zu einer Wahlgemeinschaft verbunden haben. Von geschäftlich wurde ein Ausschuss für Kunst und Wissenschaft. Ein von Schleinitz vorgeschlagener Untersuchungsausschuss für Beamten und Angestellte wurde nach längerer Debatte und unklarer Gegnerschaft zurückgestellt. Genosse Klotz erklärte, daß wir verlangen, daß sowohl die Arbeiter und An-

Die Dresdner Erwerbslosen, versammelt in der Reichskrone, erheben schärfsten Protest gegen den weichen Terror der Ausschüsse in Vitauen. Boller Zorn sind die Dresdner Erwerbslosen über die feige, der ganzen Tradition der modernen Arbeiterbewegung ins Gesicht schlagende Haltung des USPD zu den Vorgängen in Vitauen. Die ablehnende Haltung der obersten Instanz der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auf die Aufforderung der russischen Gewerkschaften, den litauischen Arbeitsbrüdern Hilfe zu bringen, spricht jeder Beschreibung Hoh.

Die Dresdner Erwerbslosen erwarten von den deutschen Zentralgewerkschaften und vom USPD, daß sie durch öffentliche Kundgebungen und durch die Bearbeitung des USPD gegen die sächsische Regierung in Vitauen den Vorkoff erklären, um dem Massenmord dieser Henker Einhalt zu tun.

Die Dresdner Erwerbslosen sprechen den tapferen Kämpfern des litauischen Proletariats ihre volle Sympathie aus.

Aus dem Bezirk Ostachsen waren aus einer Reihe von Industrietoren Erwerbslosendelegationen erschienen, die gemeinsam mit der Dresdner Delegation, sowie der SPD- und KPD-Fraktion die Forderungen (siehe erste Resolution) unterbreiteten.

Stadtverordneter Genosse M. Schneider zeigt an Hand von Beispielen das Verlangen der Bürgerlichen und Sozialdemokraten im Dresdner Stadtverordnetenkollegium bei der Behandlung von Erwerbslosentagen. Die vom Erwerbslosenausschuss Groß-Dresden eingereichten Forderungen: Bewilligung von drei Zentner Kohle monatlich für alle Erwerbslosen und Kültungempänger, sowie verbilligte Straßenbahnfahrten für Erwerbslose, Ausgabe von Karten, 10 Fahrten 60 Pf., sind von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion als Antrag eingereicht worden. Es gilt, im Jahre 1927 den Dresdner Stadtvätern zu zeigen, daß die Erwerbslosen nicht gewillt sind, elend zugrunde zu gehen, sondern daß sie gemeinsam mit den Arbeitervertretern für ihre gerechten Forderungen kämpfen wollen. Der Beifall nach dem Referat Bölliger, sowie nach den Ausführungen des Genossen Schneider bewies, daß die Dresdner Erwerbslosen erkennen, daß nur die kommunistische Partei die Interessen der Erwerbslosen vertritt.

Kommunistisch-sozialdemokratisches Präsidium in Freital

Ein Gegenstück zu den heute stattfindenden Dresdner Vorwahlen

gestellten, wie die Beamten gleichmäßig Sitz und Stimme im Personalausschuss erhalten sollen.

Aus dem Siedlungsausschuss wurden die Hausbesitzer herausgewählt.

Bei der Wahl der unbesoldeten Stadträte wurden gewählt: 3 SPD: Went, Genter, Virandt; 2 KPD: Köhler, Künzelmann; 1 Demokrat: Ente; 1 Klotzianer: Richter. Die Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer wurde erneut mit den Stimmen der Kommunisten und Bürgerlichen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Daraufhin wurde ein Einigungsausschuss gewählt.

Kühnenbroda. (Tödlich verunglückt.) Am Montag nachmittag verunglückte der Landbauhofsärtner Oskar Berndt tödlich beim Roden eines Baumes. Er hatte eine Leiter bestiegen, mit der er so unglücklich zusammenbrach, daß er mit gedrohtem Halswund tot liegen blieb.

Freital. Am Freitag fand die erste Sitzung der neugewählten Stadtverordneten statt. So reaktionär, wie das alte Kollegium, sieht auch das neue aus. Nach der üblichen Begrüßung durch den „Ober“ folgten Eingänge. Es wurde ein Schreiben des Hausbesitzer Grotwald verlesen, der auf sein Amt als Stadtverordneter verzichtet will. Der ganzen Sache sah man von vornherein an, daß sie von den Deutschnationalen in Szene gesetzt war, da sich die drei Hausbesitzer im Schleppland der Deutschnationalen befinden. Grotwald ist Arbeiter und im USPD organisiert. Die Herren Rant und Vener fürchteten, daß dieser Arbeiter beizugehen die Bienenfreundlichkeit dieser Reaktionäre hat haben werde, deshalb wollte man den nächsten Herrn, der besser zu diesen Hinterlistigen paßt, ins Kollegium schmuggeln. Genosse Deichmann zeigte die Rolle der Deutschnationalen bei dieser Sache auf und riefte das Verhalten des Herrn Rant ins rechte Licht. Die Mandatensiederlegung Grotwalds wurde daraufhin abgelehnt. Es folgte der Geschäftsbericht, verlesen vom Ober, der ein einziges Klobbed auf die Stadtwahlmannschaft war. Nun, die Erwerbslosen haben von all diesen schönen Sachen, die dort verlesen wurden, sehr wenig gemerkt. Wir werden sehen, inwieweit das Programm des Tischnamts Verbesserungen bringt. — Es folgten dann die Wahlen. Die Wirtschaftliche Vereinigung schlug den bisherigen Vorsteher Ewald vor. Rant brachte den Kühn, der 1923 die Erwerbslosen als „Landplage“ bezeichnete, in Vorschlag. Die SPD verzichtete als stärkste Fraktion im Parlament auf den ersten Vorkämpfer, was selbst der Demokrat Kühn nicht verzeihen konnte. Bei der Wahl entfielen auf Ewald 25 Stimmen, auf Kühn 8, auf Wittig eine Stimme. Drei Zettel waren unbeschriftet. Dies ist ein Zeichen, daß selbst zwei Mann von der SPD den Kuhhandel ihrer Fraktion nicht mitmachen. Beim 1. Vizevorsitzendenposten entfielen auf Wittig 28, auf Kühn 9 Stimmen. Der 2. Vizevorsitzer blieb Fleischermeister Dreßler, der mit allen gegen die zwei Stimmen der Kommunisten gewählt wurde. Wir werden dem neuen Kollegium nichts schuldig bleiben bei der Kennzeichnung ihrer Arbeitsweise. Ihr aber, Freitaler Arbeiter, erachtet mehr auf der Tribüne, seht euch die Arbeit eurer gewählten Vertreter an und zieht daraus eure Schlüsse!

Selbstmord. Am Dienstag morgen kurz vor 7 Uhr wurde die Frau unseres Genossen Liebe auf dem Wege zur Arbeitstätte von dem Geheirz des Fleischermeisters Köhler überfahren. Da sie erheblich am Kopf verletzt worden war, mußte sie von Sanitätern sofort zur ärztlichen Behandlung gebracht werden. Die Frau ist schwerhörig und geht daher stets auf der äußersten Straßenseite. Ein Ueberfahren ist deshalb nur dadurch möglich gewesen, daß es hochdunkel war und in unserem Drie früh keine Straßenbeleuchtung stattfand. Es ist Pflicht des Gemeindevorordnetenkollégiums, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung diesen Uebelstand zu beseitigen. Es ist ohnehin höchste Zeit!

Rundfunk

Freitag, den 14. Januar:

4:30—5:30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber.
 6:05—6:30 Uhr: Vorträge von den Neuerwerbungen auf dem Büchermarkt.
 6:30—7 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studientat Friedel und Vektor Mann: Englisch für Anfänger.
 7—7:30 Uhr: Dr. Giehm: „Wahndecken im Völkerverleben.“ 2. Teil.
 7:30—8 Uhr: Vortragsreihe: „Konjunktur und Konjunkturlösung.“ 2. Vortrag. Dr. Karl E. Thalheim: „Die Ursachen der Konjunkturbeugung.“
 8 Uhr: Weltervoraufrage, Scherbericht und Zeitangabe.
 8:15 Uhr: Meister Grablan. Komische Oper in 4 Akten. Frei nach W. S. Reichs Novelle „David bei Hofe“ von Rudolf Kautmann. Musik von Arnold Wintermisch. Russische Leitung: Theodor Blumer. Spielleitung: Carl Schumann. Das Dresdner Rundfunkorchester.
 10:15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
 10:30—12 Uhr: Tanzmusik.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostachsen: Bruno Goldhammer Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Willy Schneider, Freital — Druck: „Neudorf“ Druckerei, Freital.

13. 2
14. 2

Aus dem Pirna-Seidenauer Industriebezirk

Das Neujahrsgeschenk für die Belegschaft der Seidenauer Glashütte-WG. (Arbeiterkorrespondenz.)

Es ist nicht das erste Mal, daß die Arbeiter der Seidenauer Glashütte zu Beginn eines neuen Jahres von den einflussreichen Unternehmern auf Pfahle geworfen werden. Es ist fast zur Gewohnheit geworden und scheint beim Grundsteinlegen mit verankert worden zu sein. Am 3. Januar gab man der Belegschaft bekannt, daß ihr am 18. Januar gekündigt ist, und das ohne Angabe von Gründen. Dem Betriebsrat wurde mitgeteilt, daß die Kündigung eigentlich schon vor den Feiertagen erfolgen sollte, man wolle jedoch den Arbeitern das Fest der Erde nicht verlernen. Der Betriebsrat erbat Einspruch gegen die Kündigung, und zwar mit dem Hinweis, daß Betriebsräte von der Anmeldung beim Arbeitsministerium bedürfen.

Zur weiteren Verlauf der Verhandlungen erklärte die Direktion, daß bei eventueller Wiederaufnahme der Arbeit die Einstellung nach Umständen der Direktion erfolge. Man sieht daraus, wohin die Kelle geht. Darum, Glasarbeiter, aufgepaßt, schließt euch feiner denn je zusammen. In Seidenau ist es so üblich geworden, daß in den heißesten Sommermonaten, wo es am Glasofen untragbar ist, der Betrieb aufgenommen wird, im Winter, wo es sich einigermassen arbeiten läßt, wird der Betrieb geschlossen.

Von der Direktion wurde behauptet, die Glasmacher verdienen zu viel, 35 Mark Wochenlohn sei vollständig hinreichend. Wir raten den Herren, nur einmal vier Wochen die schwere Arbeit eines Glasarbeiters zu leisten und mit 35 Mark auszukommen. Die Arbeiterchaft ließ schon einmal eine Lohnforderung über sich ergehen und leistete noch Lieberstunden, um den Betrieb lebensfähig zu gestalten, wie die Unternehmer so schon sagten.

Für all dieses Entgegenkommen dem Unternehmer gegenüber erhält die Arbeiterchaft jetzt den Dank durch die Kündigung abgelehnt.

Die Arbeiterchaft sieht aus diesem Beispiel, daß sie sich seit organisatorisch-jahrmittellichen aus, um den Willkürmaßnahmen der Unternehmer erfolgreich zu begegnen, und lernt vor allem, daß man diesen Leuten nicht entgegenkommen darf.

Seidenau. (Sozialdemokratische Wahlkämpfe.) Wir erhalten folgende Zuschrift: „Ich unterzeichne mich mit am Sonntag, den 8. Januar, gewohnter, nach dem höchsten Wohlwollen zu gehen und um eine kleine Unterstützung zu bitten, da ich am Freitag nur 2,80 Mark Lohn für zwei Tage erhalten hatte. Herr Bürgermeister Erhardt (Sozialdemokrat) billigte mir diese Unterstützung auch zu. Der erste Beamte im Wohlfahrtsamt, Herr Franzisch (auch Sozialdemokrat), konnte ich ab, mit der Begründung, ich soll nächste Woche wieder kommen. Da ich bis zum 3. Januar krank war und am 21. Debr. 2,40 M. Krankengeld erhielt, hält Herr Franzisch eine Unterstüßung jedenfalls für noch nicht angebracht. Er ist wahrscheinlich der Meinung, daß ich mit diesem Geld meine Familie vier Tage sattfüttern kann. Ich hatte ja am Freitag 2,80 M. erhalten, genug zum Wohlstandspfeifen. Wilhelm P. h. u. — Vielleicht teilt Herr Franzisch mit, weshalb er ein solches Verhalten für „angebracht“ hielt?“

Seidenau. (Vortrag über Selbstverlebens in Jugender.) Wie aus dem Anzeigenblatt ersichtlich, wird der Vortragsabend in der Volkshochschule in Seidenau am Freitag, den 11. Januar einen Vortrag über Selbstverlebens halten und Selbstverlebens während seines 10jährigen Schulbesuches erzählen. Dieser Abend wird von der hiesigen Gruppe des Sozialvereins „Die Kameraden“ veranstaltet.

Pirna. (Aus der Praxis der Freien Jugend.) Die Parallelsammlung der Anarchistischen Jugend zur Lenin-Wochenfeier in Pirna-Kundgebung hat wiederum den Anstoß zu einer Auseinandersetzung mit den Anhängern dieser Bewegung gegeben. Volkstanz ist uninteressant, was bereits in dem vorbesprochenen Artikel geäußert worden ist. Zur Ergänzung soll noch einiges aus der Praxis dieser Leute angeführt werden, weil nicht genügend auf diese verweisen, auf Täuschung der Massen abgehehen, durch revolutionäre Phrasologie verlockende Wankvorstellungen werden kann. Man hört nämlich nach Pirna, daß ein Anarchist, der mit der kommunistischen Bewegung trotz Unterdrückung der Anarchisten ein dahingehendes Arbeiten mit der kommunistischen Jugend, die auf Grund der Ausfällungen Wühlers an die Freie Jugend herangeführt war, abzusprechen. Now also hatte Wühler gesprochen? Wir zweifeln nicht an dem christlichen Willen Wühlers, müssen es aber als eine Irrenführung der Massen bezeichnen, wenn man sich so in Widerspruch zu den Ausführungen des eigenen Verammlungsreferenten setzt. Das Doppelspiel erreicht aber seinen Höhepunkt, wenn man sich an die Aufführung der „Weber“ erinnert. Dort verleiht man in der Vorrede, den Enttäuschten zu spielen, weil die KJ eine Beteiligung an der Aufführung abgelehnt habe, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil damals im Herbst 1922 wichtigere Dinge aus der Tagesordnung standen. Nicht anders verhält es sich mit den bisherigen Theateraufführungen, deren Inhalt nichts mit den Ideen der Aufklärer zu tun hat. Es sei hier an „Spartakus, der Sklavensklaver“ gedacht, wo den ausmerzlichen Zuschauern gezeigt wurde, wie durch Eigenbrödeli und Scheinradikales Vorgehen der Aufklärer blutig niedergeschlagen wurde. Der größte Teil der Zuschauer hat das Dargebotene als eine gutgelungene Karikatur der anarchistischen Bewegung betrachtet. Wo findet man aber, daß die Freie Jugend ihre Lehren daraus ableitet hat? Sie wollen es nicht, weil sie in keiner geistigen Beziehung zu dem Inhalt der Aufführung stehen. Nicht anders soll es zur Sozialistengruppe werden, wo man „Lobtschicks Tod“ aufgeführt, ein Theaterstück, entnommen dem Verlag der kommunistischen Jugend-Internationale, deren Geistesprodukte man sonst auf das härteste bekämpft. Man findet sie aber immer noch gut genug, wenn es gilt, sich vor den Augen anderer als Revolutionäre aufzuspielen. Die arbeitenden Massen werden zeigen, daß sie keine Kamele sind, wie man sie immer auf den Anarchisten der Anarchisten heißt, sondern daß sie die Täuschung erkannt haben und die Veranstaltungen der Anarchisten in Zukunft meiden werden.

Pirna. (Ein Betrüger.) Uns wird geschrieben: Wie wir nachträglich in Erfahrung brachten, hat am Silvester ein Carl Schönmann, Blangasse 22, im Falschungsantrag in der Seidenauer Glashütte für die politischen Gesangenen der „Roten Hilfe“ gesammelt. Wir stellen fest, daß der Vorstand der „Roten Hilfe“, Ortsgruppe Pirna, weder den Schönmann kennt, noch von uns einen Auftrag erhalten hätte. Die Geber also, die in edler Absicht ein gutes Werk tun wollten, sind einem gefährlichen Betrüger in die Hände geraten, der die Sympathie der Bevölkerung mit der „Roten Hilfe“ und ihren Aufgaben schändlich mißbraucht. Wir erklären hiermit und bitten, dies in den weitesten Kreisen der Bevölkerung bekannt zu machen, dies in Sammler sammeln nur auf Sammellisten und mit persönlichem Ausweis oder mit Sammelbüchern, die sofort als die der „Roten Hilfe“ erkannt und ebenfalls mit persönlichem Ausweis versehen sind. Bezirksvorstand „Rote Hilfe“, Ostgassen — Vorstand der „Roten Hilfe“, Ortsgruppe Pirna.

Röhlitz. (Aus dem Stadtparlament.) Am 7. Januar fand die erste Sitzung des neuen Kollegiums unter Leitung des Bürgermeisters Engelmann statt. Die mit vieler

Spannung erwartete Vorsteherwahl begann, und es wurden vorgeschlagen von der SPD der bisherige Vorsteher Herr Lindemann und von der Rechten Herr Biener. Der „erste schneidige Akt“ legte ein: die Beamtenschaft galoppierte — nicht mit; man sah so viele enttäuschte Gesichter! Im ersten Wahlgang erhielten je 6 Stimmen Herr Lindemann und Herr Biener, 3 Zettel waren unbeschrieben. Der 2. Wahlgang brachte das selbe Ergebnis. Nun entschied das Los, und Herr Engelmann zog für Herrn Lindemann von der SPD. Gen. Hartlich war durch Parteibeschluß zur Abgabe des weißen Zettels verpflichtet auf Grund des bisherigen Verhaltens der SPD. Lehnten sie doch bei der Wahl am 11. Januar die Listenverbindungen mit uns ab, der Beamtenschaft zuliebe, man schrieb auch man wolle unabhängig sein von dem „fragwürdigen Verhalten“ der Kommunisten usw. Man glaubte auch bestimmt, daß die Beamtenschaft ohne weiteres die SPD unterstützen würde, doch sie hat schon am Beginn bewiesen, daß sie lediglich eine „Vendettaaktion“ darstellt, die heute mit Links, morgen mit Rechts geht. So ist denn auch die Forderung über die Rechtsmehrheit bei den Bürgerlichen klugst dahin, aber auch all die Verbindungen der SPD mit der Beamtenschaft vor vergessliche Liebeleien. Die SPD wird wohl oder übel daraus lernen müssen, daß die Stimme des Kommunismus sehr ausschlaggebend ist. Zum stellvertretenden Vorsteher wurde durch Zufall Herr Biener gewählt, als Schriftführer Herr Inspektor Kailer. Die Wahl der Stadträte und ständigen Ausschüsse erfolgt in der nächsten Sitzung am 14. Januar. Wenn auch die erste Sitzung sehr zahlreich besucht war, so sah man doch weniger von der wertvollen Klasse. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiterchaft zu der Einsicht kommt, wie wertvoll es ist sich selbst von der Arbeit der Vertreter zu überzeugen. — Was wird an der Sitzung sonderbar fanden? Sie war für 6 Uhr angesetzt, und alles war zur Stelle, bis auf ein Mitglied der SPD-Fraktion. Man raffelte am Telefon, sandte einen Boten nach ihm aus — die SPD war in laudem Kengeln! Doch Herr Engelmann wartete, bis endlich 6,25 Uhr die Sitzung beginnen konnte. Wir verließen aber Herrn Engelmann, ist er doch der SPD für seine Villa noch viel dank schuldig, also mußte er schon warten. Trotzdem die Bürgerlichen sind mit Herrn Lindemann aus „sehr“ zufrieden. Wir bezweifeln nur, ob Herr Engelmann auf einen Kommunisten nach 25 Minuten gewartet hätte. — Ein seltsamer Fakt für eine Kleinstadt wie Königstein war es auch, daß vor dem Sitzungssaal der Bürgermeister an dem Amtsgerichtsrat Herrn Dr. Uhlmann ohne Grund vorüberging. Auch das charakterisierte Herrn Engelmann, obwohl wir die Gründe nicht kennen, nur eins wissen wir, daß sich Herr Engelmann an Herrn Dr. Uhlmann in so manchem ein Beispiel nehmen könnte. Jedoch doch Herr Dr. Uhlmann als Amtsgerichtsrat in einem Tage mehr soziales Verständnis, als Herr Engelmann in seiner hiesigen jahrzehntelangen Tätigkeit als Bürgermeister. Die Beweise folgen bald, Herr Engelmann!

Sebnitz. (Stadterordnungsänderung.) Vor einem kurzbelebten Zuschauerraum fand am 3. Januar, 5,30 Uhr abends die erste Sitzung des neuen Stadterordnungs-Kollegiums statt. Nachdem Herr Dr. Studner (Bürgermeister) die Sitzung mit einer langen demütigen Rede eröffnet hatte, konnte man zur Neuwahl des neuen Vorstehers schreiten. Der Herr Bürgermeister hat allen Grund, besonders der SPD-Fraktion seinen Dank auszusprechen, dafür legen die drei verlassenen Jahre Zeugnis ab. Aus Platzmangel wollen wir einen öffentlichen Rückblick unterlassen, aber soviel sei hier gesagt, daß die Sebnitzer Kommunisten in der kommenden Periode ein wichtiges Augenmerk auf die Stadtparlamentsarbeit legen lassen werden und alle Anknüpfstellen, wie es die Zeit getrieben wurde, zur öffentlichen Kritik stellen. Für uns ist die zu erwartende Politik der SPD-Fraktion schon klar. Nur ein Blick in die Reihen dieser „Arbeitervertreter“, und die Zukunft liegt offen vor uns. Herr Lehner bisher wird in Zukunft eine genaue Kontrolle vom Zuschauerraum aus über die Tätigkeit seiner Genossen halten, und wir schon jetzt schon die Enttäuschung so mancher SPD-Arbeiter. Die Rede des mit 13 Stimmen gewählten neuen Vorstehers, Lehrers Friedrich (SPD), war eine Verhöhnung unserer Vermutung. Arbeitsgemeinschaft mit dem Bürgertum war der Inhalt seiner Rede. Die Heberhebung eines geld-roten Blumenstraußes ist charakteristisch für die gesamte Einstellung der SPD.

Verammlungsständer

- Kommunistische Partei**
- Zellenelementenkonferenz**
- am Mittwoch, 26. Jan., abends 7,30 Uhr im Körnergarten. Tagesordnung: Die Ergebnisse der Exekutive und der 11. Reichsparteitag der KPD.
- Alle Zellen müssen von ihrem Delegiertenrecht voll Gebrauch machen.
- Donnerstag, den 18. Januar:
- Stadteil Zentrum 1, 7,30 Uhr Beginn des Aufklärungstages im Brandenburg Hof. Papier, Kleist und die noch fehlenden Generalkontrollbogen sind mitzubringen.
- Freitag, den 14. Januar:
- 3. 4. Straßenzelle D, 7,30 Uhr Verammlung Schweres Geschütz, Tagberg 29b. Bogen zur Generalkontrolle abgeben.
- Neustadt-Ost, Zellengruppenverammlung 7,30 Uhr Antonhäder Kasino, Louisen, Ecke Talstraße.
- Neustadt-West, 7,30 Uhr Mitgliederverammlung Rejt. Schiffsverft, Colanderstraße.
- Neustadt-West, Crahnberge. Abends 7,30 Uhr Mitgliederverammlung im Köpender Hof. Bericht über KdW.
- Stadteil Striesen, 7,30 Uhr Aufklärungstages im Glaserhofhof.
- Vanbegast, 7,30 Uhr in Rejtner's Restaurant Mitgliederverammlung.
- Straßenzelle Hebigau, 7,30 Uhr Restaurant Lohse Sitzung. Bücher mitbringen.
- Seidenau, Beginn des Aufklärungstages Sonnabend, 15. Jan., 7,30 Uhr abends im Rest. Zur Bäre, Mühlenstraße. Ref.: Genosse Siegfried Ködel. Teilnehmern haben die Ortsgr. Seidenau, Dohna, Birkwitz, Glashütte, Schlottwitz. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Konferenzen der werttätigen Gemeindevertreter

- Sonnabend, abends 8 Uhr, im Stern, Bergsieghölzchen.
- Gottlieben, Gersdorf, Frelsdorfwalde, Ottendorf, Groß- und Kleincotta, Halbendorf usw.
- Sonntag, vormittags 9 Uhr, Graner Stroh, Rodetal: Bezirksstadtswahlkreis Zschadow-Altewalde.
- Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Mittelgasthof Struppen: Kriegsdmwig, Ebenheit, Raubdorf, D. Turmsdorf, Leopoldshain, Wehlig, Raths usw.
- Tagesordnung: Bezirksstadtswahl, Kandidatenanstellung, wichtige Gemeindefragen.

Fraktion. Wahrscheinlich, mit einer geld-roten Politik kann die Sebnitzer Reaktion, vertreten durch Herrn Schwager Gebel-Hirsch, schon zufrieden sein. Die Arbeiter verlangen aber restlose Erfüllung der gegebenen Versprechung und Ausübung der parlamentarischen Mehrheit. Als zweiter Vorsitzender wurde Herr Heintze ebenfalls mit 13 Stimmen gewählt. Als Konsumverwalter ist er allen Arbeitern noch gut im Gedächtnis, und seine Tätigkeit als solcher während der „Marxzeit“ ist Beweis seiner Arbeiterfreundlichkeit. Wie durch die Tätigkeit seines Freundes, des jetzigen Stadtrats Krause, damaligen Gewerkschaftsführers, Tausende von Arbeitern die Gewerkschaft verlassen haben, so entließ durch Herrn Heintze die Massenflucht aus der Konsumgenossenschaft. Also „erfolgreich“ sind alle diese Vorren innerhalb der Arbeiterbewegung schon gewesen. Ebenso erfolgreich werden sie auch in Zukunft wirken. Als Stellvertreter wurde von uns Genosse Rudolf (KPD) vorgeschlagen und auch gewählt mit 13 Stimmen. Rechtsanwalt Bruno Hirsch (DVP) kürzte sich gleich mit seinem Paragrafenstummel auf ungenügender Vorschlag, um die Wahl illusorisch zu machen, aber es half nichts. Darauf folgte allgemeines Geschrei auf der Linken und Zöhrerischen auf der Rechten. Anschließend noch einige kleine Punkte, dann Schluß der Sitzung. — Herr Büchel, „Grenzbild“-Redakteur, hat schon durch den Verkauf der ersten Sitzung das Schreden vergessen und spielt seine Feiler, unter denen sich leider noch eine Anzahl Arbeiter befinden, mit ein paar Sägen ab. Früher durften sich die Arbeiter und Leser dieser „Glaswiese“ an leichten Angriffen über die „erfolgreiche“ und „arbeiterfreundliche“ Politik der Sebnitzer bürgerlichen Mehrheit ergötzen. Erkennen noch nicht die Sebnitzer Arbeiter, daß sie durch das Fein und Womieren des „Grenzbildes“ ihrem gefährlichen Feind die Waffe schärfen? Dinous mit diesem bürgerlichen Blatt! In das Arbeiterhaus gehört die „Arbeiterstimme“!

Glashütte (Sa.). (Was mit der Weihnachtsbeihilfe geschah?) Uns wird geschrieben: Im Dezember vergangenen Jahres berichtete die Presse über das Parlament der Stadt Glashütte, das es fertig brachte, trotzdem es unter Vormundhaft eines Staatskommissars gestellt ist, innerhalb vier Wochen drei ungeheure Beihilfen zu fassen. Keine schlechte Leistung! Um ihren Rahmenplan nicht ganz verblissen zu lassen, kürzte sich das Stadterordnungs-Kollegium in ein neues Abenteuer. Man bewilligte eine Weihnachtsbeihilfe von 6000 M. auf dem Wege der individuellen Fürsorge für die nahezu 400 Erwerbslosen. Nun werden manche Erwerbslosen aus anderen Gemeinden denken: Das ist ein richtiges Kollegium, das hat wenigstens ein Herz für die Armen! Ja, bis zum Beschluß, da sangte der Mut, aber dann kam das dicke Ende. Kraft seines Amtes und seiner Courage kürzte der stellvertretende 1. Bürgermeister Herr Wolf, nebenbei Inhaber einer gutbesetzten Anstellung, die vorgesehene Summe auf 3000 M., ohne irgend jemand zu fragen. So kam es, daß die Kernisten der Armen durch Herrn Wolf um die Hälfte ihrer Beihilfe gepörrt wurden. Die andere Hälfte zahlte Herr Wolf, kraft seines Amtes, an einige zwanzig Beamte aus „in Form einer Koststandsbeihilfe“. Sie wurde unter anderem gewährt: dem 1. D. gestellten Bürgermeister, dem Schwager des Herrn Wolf, Herrn Kätner, mit 600 M. Monatsgehalt, welcher noch außerdem als Violator der Stadt 33 extra 750 M. erhielt. Er bekam 82 M. Koststandsbeihilfe, und so ging es weiter herunter bis zu den Beamten mit den „Zweigeinntommen“, welche auch die entsprechende „Zweigebeihilfe“ erhielten. Die Erwerbslosen erhielten: Verheiratete ohne Kinder 10 Mark, mit Kindern 10 Mark, Unverheiratete bekamen 5 Mark. Nun, nachdem er „Frieden und Wohlgefallen“ nach Glashütte gebracht hatte, schickte nur die eigene Beihilferung. Herr Wolf besaß kein Kollegium ein, welches ihm 3000 M. als Vergütung für seine „Bürgermeisterstätigkeit“ bewilligte. Den Ausschlag gab die Stimme des „milden Stadterordneten“ Uhlmann! Vor den Wahlen hatte Herr Wolf erklärt, er erachte es als seine Ehrenpflicht, der Stadt seine Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Auch handelt er nach dem Grundsat: „Aus aus einer mageren Wurst kocht man noch Würstchen, wenn man etwas vom Kochen versteht.“ — Nun zum Kollegium! Was denken sie von Arbeitern gewählten Vertreter zu tun, um ihren Beschluß: „Auszahlung von 6000 M. Weihnachtsbeihilfe“, in die Tat umzusetzen? Können sie sich weiterhin lächerlich machen, indem sie erklären, es wäre nichts für Beihilfen in den Haushaltplan eingestellt? Von diesem Standpunkt aus geurteilt, steht auch von einer Koststandsbeihilfe nichts im Haushaltplan. Erwerbslose, befehlt die nächsten Stadterordnungsitzungen, um auch zu überzeugen, wie auch eure Vertreter zu eurem Rechte verhelfen!

- Sonnabend, den 15. Januar:
- Freiberg, 7,30 Uhr Lokomotive, Humboldtstraße, UV-Mitgliederverammlung. Alle Gruppen müssen vertreten sein.
- Großröhrsdorf, 7,30 Uhr im Vater Zahn Mitgliederverammlung. Thema: Politische Lage und die Aufgaben der Partei. Ref. vom Bezirk.
- Witzberg, 7,30 Uhr Gasthof 222-Freier. Alle Genossen müssen sich daran beteiligen.
- Planen, Straßenzelle 7,30 Uhr Knäuels Rest., Bienenstr., Mitgliederverammlung.

- Kommunistischer Jugendverband**
- Donnerstag, den 13. Januar:
- Piehsen, Gruppenverammlung 7,30 Uhr Bürgerhof. Vortrag: Die Kämpfer der Revolution.
- Freitag, den 14. Januar:
- Ottendorf-Ostritz, 8 Uhr Probe zur 222-Freier im Jugendheim.

- Sonnabend, den 15. Januar:
- Lausa, 7,30 Uhr Liebtneister im Gasthof Heitler Alt. KdW und Partei beteiligen sich ebenfalls daran.
- Ottendorf-Ostritz, Wir stellen uns ab 6,30 Uhr zum Abmarsch nach Lausa zur 222-Freier. Möglichst in Rute.

- Jung-Spartakus-Bund**
- Donnerstag, den 13. Januar:
- Stadteil Zentrum 1, 4,30 Uhr Verammlung im Brandenburg Hof. Ausgabe der Mitgliedsarten. Ende 6,30 Uhr.

- Roter Frontkämpferbund**
- Donnerstag, den 13. Januar:
- Abteilung Zentrum 2, 7 Uhr Koffnung der neugewählten Leitung, Grüne Straße 8, 4. Et.

- Freitag, den 14. Januar:
- Abteilung 3, 7,30 Uhr Funktionärssitzung im Bürgerhof mit KJ. Ortsgruppe Lausitz. Abends 9 Uhr im Verammlungslokal, Hauptmitgliedsverammlung. Anschließend Besprechung des Arbeitsplanes.

- Abteilung 11, Strahlen. Abends 7,30 Uhr im Königshof Mitgliederverammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Funktionäre haben 6,30 Uhr zu erscheinen.
- Ortsgruppe Freital. Abends 7,30 Uhr im Bergeller Freital-Deuben außerordentliche Generalkonferenzverammlung. Erscheinen eines jeden Kameraden ist Pflicht.

- Roter Frauen- und Mädchen-Bund**
- Freitag, den 14. Januar:
- Abtlg. 6 (Südwest). Abends 7,30 Uhr im Bürgergarten Mitgliederverammlung.

- Proletarische Freidenker**
- Donnerstag, den 13. Januar:
- Freibitzstadt, 7,30 Uhr Brandenburg Hof Jahreshauptverammlung.

Mutter und Kind-Lichtbildervorträge

13. Januar ab 7 Uhr in Leuben, Gasthof
14. Januar ab 7 Uhr „Innensäle“, Rühlhof
15. Januar ab 7 Uhr Volkshaus-Ost, Striesen
16. Januar ab 7 Uhr Volkshaus-Ost, Striesen

Arbeiter-Sport

Wir wollen rote Fahnen tragen

(Von einem Roten Freund)

Am 5. Januar tagte die Generalversammlung der Naturfreunde Bresen-Coffeabaude. Der Besuch war gut. Es wurde noch einmal ein Rückblick gegeben über die Arbeit im vergangenen Jahr. Man muß sagen, daß trotz wirtschaftlicher und finanzieller Koste auf geistigem und kulturellem Gebiet viel geleistet worden ist. Besonders wird die Arbeit auch im neuen Jahr in diesem Sinne weitergetragen. Dann wurde ein Antrag behandelt, der hauptsächlich folgendes befragt (der Antragsteller war nicht anwesend): „Ich beantrage die Entfernung der Fahnenlinie, da der Stern an das kommunistische Abzeichen grenzt. Da unter uns auch SPD-Leute sind, würde der Stern Anstoß erregen.“ Einige idealisierende Genossen hatten der Gruppe eine selbstgefertigte rote Fahne gefertigt, deren Spitze ein fünfzackiger Stern mit der Aufschrift IWW (Tourenvereine Die Naturfreunde) trug. Da nun der Stern als das Symbol der internationalen Verbrüderung aller Naturfreunde und aller Arbeiterportler gedeutet wurde, lehnte man den Antrag mit übergroßer Mehrheit ab. Kämpft weiter in diesem Sinn! Schere euch um das rote Banner des proletarischen Klassenkampfes, denn mit uns steht die neue Zeit!

Die Sitzung des internationalen Büros der ICS

Im Anschluß an die Sitzung der internationalen Techniker tagte das internationale Büro der ICS. Die Presse meldet darüber, daß dort beschloffen wurde, den Kongreß der ICS vom 6. bis 8. August in Belgien tagen zu lassen. Neben einigen anderen Referaten, die auch über die nächste Arbeiter-Olympiade, soll auf diesem internationalen Kongreß ebenfalls über das Verhältnis zur ICS und die damit zusammenhängenden Fragen referiert werden. Die Frage soll auf dem Kongreß endgültig zur Entscheidung kommen. Wie sie zur Entscheidung kommen soll, das zeigt die weitere Stellungnahme der ICS in der Frage der Teilnahme an den Veranstaltungen der Sowjetunion zur Jahrestagung der Resolution von 1917. Wie der Fortschritt mitteilt, ist diese Frage eingehend erörtert worden, ob die Teilnahme mit den Beschlüssen des Pariser Kongresses in Einklang stehe. Diese Frage wurde mit großer Mehrheit verneint. Man ist der Ansicht, daß es sich hier um eine politische Veranstaltung handelt, an der die Teilnahme nach dem Pariser Beschluß nicht darthalt ist. Werden aber die Massen der Arbeiterportler mit dieser Stellungnahme einverstanden sein? Sie haben es durchgesehen, daß die Führer der ICS mit den russischen Sportlern und ICS Vereinen zwois gemeinsamer Veranstaltungen trafen. Sie werden auch jetzt alles daran setzen, daß die Führer der ICS nicht die Möglichkeit haben, neue Manöver gegen die Einheit der internationalen Arbeiterportbewegung zu unternehmen. Sie werden es nicht zulassen, daß die Notwendigkeit der internationalen Einheit erneut labortiert wird.

Einfluß der Leibesübungen auf den weiblichen Körper

Über dieses Thema wird Dr. Hecher, Dresden, am 15. Januar, abends 7.30 Uhr, in der Aula des Bistham-Gymnasiums sprechen. Die Arbeiterportlerinnen, Frauen und Jungmädchen, möchten zu diesem Vortrag alle erscheinen. In allen Lebensstadien ist für lebhaften Beisuch aufzurufen. In belehrender Art wird der Vortrag den Genossinnen so manches beweisen, wie nötig die Leibesübungen für den weiblichen Körper sind.

Fußball

Tabelle der 3. Klasse, Abt. B

Durch die genehmigte Spielberechtigung eines Genossen von Ottendorf laut letzter Hauptplatzausführung erfährt die Tabelle der 3. Klasse, Abteilung B folgende Veränderung:

Nr.	Verein	Siege	Nun unermittelt (Siege)	Verluste	+ -	Zerbrüche
1	Friedrichstadt	14	12	1	95	21
2	Ottendorf	14	8	1	17	11
3	Meißen-L.	14	7	2	16	12
4	Bernsdorf	14	6	3	15	13
5	Reinischütz	14	6	1	7	18
6	M. C.	14	4	2	8	10
7	Gröbenham	14	4	2	8	10
8	Coffeabaude	14	1	2	11	4

2. Fußballbezirk. Die Spielleiterarbeiten beginnen wie folgt: 1. Gruppe Weinsicht, 13. Jan., abends 7 Uhr. 2. Gruppe, 20. Jan. in Lotzau, abends 7 Uhr. Göhrsdorfer 22. Jan., nachm. 5 Uhr.

Fußballabteilung Köhnig-Heckrau, Freitag, 11. Januar, abends 8 Uhr: Jahreshauptversammlung, wichtige Tagesordnung.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden, 15. Jan., 8.30 Uhr, Dresden, Volkshaus, Bezirksratsitzung, anschließend 8.30 Uhr, Dresden, Volkshaus, Bezirksratsitzung, 11 Uhr. Die Sport- bzw. Gruppenleiter sollen alle anwesend sein. Es gilt, die Bezirksratung vorzubereiten. Der Bezirksratung ist am 6. März, beide Tagungen finden im Spielhaus des Trianon (jetzt Volkshaus), Schützenplatz, statt. Die Vereine bzw. Sportgruppen haben zum Bezirksratung auf 100 Mitglieder einen Delegierten zu wählen. Turnvereineabteilungen können bis zu 25 Mitglieder eine Delegierte entsenden. Zum allgemeinen Bezirksratung haben die Gruppen bis zu 200 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. — Bis zum 15. Januar sind die Anträge an die Gruppen, bzw. Sportvereine zu senden.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden, 15. Jan.: Bezirksratsitzung, 8.30 Uhr, Dresden, Volkshaus, anschließend 8.30 Uhr, Dresden, Volkshaus, Bezirksratsitzung, 11 Uhr. Die Sport- bzw. Gruppenleiter sollen alle anwesend sein. Es gilt, die Bezirksratung vorzubereiten. Der Bezirksratung ist am 6. März, beide Tagungen finden im Spielhaus des Trianon (jetzt Volkshaus), Schützenplatz, statt. Die Vereine bzw. Sportgruppen haben zum Bezirksratung auf 100 Mitglieder einen Delegierten zu wählen. Turnvereineabteilungen können bis zu 25 Mitglieder eine Delegierte entsenden. Zum allgemeinen Bezirksratung haben die Gruppen bis zu 200 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. — Bis zum 15. Januar sind die Anträge an die Gruppen, bzw. Sportvereine zu senden.



Bestelle sofort den Proletariatsport!

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Bezirk, Montag, den 17. Januar, abends 7 Uhr im Dresden, Volkshaus wichtige Sitzung betr. Bühnenturnen. Die Gruppenleiter sowie die mitwirkenden Vereine sollen vertreten sein. Gruppenleiter bringen die Fragebogen mit!

Turnerschaft Striesen, Sonntag, den 16. Januar, bei Schneewetter Ausflug mit Schlitten nach dem Hutberg, anderfalls nach den Parkwegen, Treffen 12.30 Uhr am Schillerplatz. — Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 2.30 Uhr Generalversammlung im Volkshaus D. Anträge sind bis 23. Januar beim Vorsitzenden einzureichen.

Turn- und Sportverein Freital-Zaugerode, Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 2 Uhr in der Turnhalle Generalversammlung.

Jede Zelle braucht Material!

Genossen, habt ihr schon beim 3A die Ordner bestellt?

Die Ortsgruppen und UB-Leitungen müssen, soweit es noch nicht geschehen ist, sofort die Bestellungen sammeln und aufgeben beim

Zentralkomitee der KPD, Geschäftsabteilung, Berlin C. 25, Al. Alexanderstr. 28.

Es werden 2 Ordnermappen, die pro Stück 1,50 Mt. kosten, gebraucht. Es müssen also 3 Mark für jedes Quart Ordner an das

Fiskuspostamt Berlin 304 30, Hugo Eberlein, eingezahlt werden. Jede Zelle, jede Zeitung und jeder Referent muß im Besitze der Ordner sein. Dafür wird den Genossen das ganze Jahr Material umsonst zugeandt.

Arbeiterportartell Neulich, Sonntag, den 16. Januar, nachm. 3 Uhr: Hauptversammlung in Deutsches Restaurant, Geschäftsbereich, Neumarkt, KNSI und Waisler. Wüher den Delegierten, die zum Erscheinen verpflichtet sind, haben dem Kartell angeschlossene Vereinsmitglieder Zutritt.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Jitzau. Unsere Jahreshauptversammlung muß auf den 28. Januar verköben werden. Leitende Genossen, die sich für Leibesübungen interessieren, wollen sich freitags in der Friedrichschule einfinden. Sendt eure Kinder in den L.T. u. Sp.Verein.

Arbeiterportartell Hirschfelde und Umgegend. Die dem Kartell angeschlossenen Vereine werden ersucht, Anträge betreffend Abhaltung größerer Festlichkeiten bis zum 22. Januar einzureichen an den Genossen Paul Schmidt, Hirschfelde, Sanktstr. 10, anberufalls die Unterfertigung vom Kartell abgelehnt wird. Die nächste Versammlung wird noch bekanntgegeben.

Arbeiter-Turnverein Hirschfelde, Sonntag, den 16. Januar, nachm. 5 Uhr: Hauptversammlung im Brauhaus. Tagesordnung sehr wichtig.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“, Bez. Groß-Dresden, Sonntag, 15. Jan., abends 7 Uhr in der Aula des Bistham'schen Gymnasiums: 1. Vortrag: Turnen und Sport, und die Einwirkung auf das weibliche Geschlecht. Sportarzt: Dr. Berger. Nur für Frauen und Mädchen. — 11 Uhr: Radfahrerabteilung, 28. Jan., Krieholpalast, Schillerstr. 4: Gründungsfeier und Einweihung des Homotrainerapparates (Bühnenradrennen). Ehrung der Bundesjubilare, Radballspiele erster Mannschaften. Anfang 7 Uhr. — Die Leibesübungen der Radfahrer sind Montags und Mittwochs (nicht mehr Donnerstags) in der Hofenstraße (im Albershofen, Wälderstraße). — Colla, 29. Jan., Schusterhaus: Domestikerabend (Radrennen auf der Bühne). Radspiele. — Radfahrer, 15. und 16. Jan.: Jugend nach Geising. Treffen nachm. 2.30 Uhr Bahnhöfe, 3.13 Uhr vom Hauptbahnhof, Sonntag, 1.20 Uhr. — 16. Jan.: Beichtigung der Klarnalage Radfahrer, Treffen vorm. 9 Uhr Bahnhöfe — Neustadt, Exkursion. — Striesen, 16. Jan.: Weihnachtsfeier, Volkshaus Dresden-D. — Jugendabteilung, 6. Febr., im Sanktfelder, Kaulbechtstraße: Jugendabend mit Aufführungen.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“, Ortsgruppe Pöschendorf, Sonntag, den 15. Januar, im Gasthof Pöschendorf: Monatsversammlung, wichtige Tagesordnung.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“, Ortsgruppe Pöschendorf, Sonntag, den 15. Januar, abends 8 Uhr im Restaurant Edelweiß Monatsversammlung.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“, Ortsgruppe Pöschendorf, Sonntag, den 15. Januar, abends 8 Uhr im Restaurant Edelweiß Monatsversammlung.

Hornsteinkorps der Arbeiter-Radsportklub des 2. Bezirks, Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 9.30 Uhr findet die erste Bezirksspielung statt in der Schule zu Cosmannsdorf.

Die Naturfreunde, Ortsgr. Hirschfelde, 15. bis 16. Januar: Winterporttreffen des 1. und 2. Bezirks in Dönschen, Kriebitz und Bretter mitbringen. Abf. 15 Jan. 3.20 Bahnhöfe Niederbühl (S.-K. Glasbütte), 7. Bahnstr. — 19 Jan. Niederabend.

Tourenvereine „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Pöschendorf, Freitag, den 14. Januar, Versammlung im Betriebskafé (kleines Zimmer), Beginn 7.30 Uhr.

Tourenvereine „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Pöschendorf, Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr Kofeget-Abend, Ref.: A. Lügge, Betriebskafé. — Sonntag, den 15.—16. Januar, Winterportfest in Dönschen. Bei ungünstigen Schneeverhältnissen am 21. und 22. Januar.

Verband Volksgesundheit, Dresden und Adenau, Freitag, 14. Januar, im Etablissement Reichstr. 10: Öffentlicher Lichtbildvortrag über Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Ref. Frau Krieger, Einlaß 6 Uhr, Anfang 7 Uhr. Eintritt 30 Pf., auch für Mitglieder, Frauen und Töchter sind mitleidige Linsen. — Sonntag, 16. Januar, im Lindengarten, Königbrüder Straße: Kinderweihnachtsfeier, bestehend aus Musik, Gesang, Theateraufführung, Ausführende Mitgliederkinder. Nach dem Einlaß, Anfang Punkt 5.30 Uhr. Rauchen ist bis Ende der Aufführung zu unterlassen. Teilnehmerkarten sind rechtzeitig beim Kaimeter oder Frau Krieger, Königbrüderstr. 10, IV, zu entnehmen. — Dienstag, 18. Januar, im Etablissement Stadt Leipzig: Öffentlicher Lichtbildvortrag über Geschlechtskrankheiten (Tripper, Schanker usw.). Ref. Frau Maria Krieger, Einlaß 6 Uhr, Beginn 7 Uhr. Eintritt 30 Pf., auch für Mitglieder. Weiteres siehe Handzettel.

Verein für volkstümliche Wintersport, Abt. Kriebitz-D. Sonntag, den 15. Januar, abends 7 Uhr im Volkshaus, Zimmer 9: Wichtige Versammlung der Trainingsabteilung mit Vortrag und Diskussion. Ausgabe der neuen Karten für 1927.

Arbeiter-Samariterkolonne Heidenau, Sonntag, den 22. Januar, abends 8 Uhr im eigenen Heim: Jahreshauptversammlung, Jahresbericht, Neuwahlen.

Arbeiter-Athleten Freital, Alle Jubilare sind an Mißn Freital, Richard Wagner-Platz 7, zu senden. Abends abends Dienstags und Freitags im Döhler Hof.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß nach langem schweren Leiden unser lieber Mann, unser lieber Vater, Bruder und Onkel, Herr

Kurt Georg Richter

am Dienstag, den 11. Januar, nachts, verschieden ist.

Bismarck- und Dresden, am 12. Januar 1927
Restaurant „Zum Amelgrund“

Die letzte Trauerfeier
Martha verw. Richter
nebst Kindern und Angehörigen

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 15. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trautbahn aus, statt.

Die wirksamste Gesundheitskur durch Heilfaktoren der Natur.

Kräuterkrone A-Z

ist bezeugt zu sein gegen: Nieren-, Blasenleiden u. Katarrh, Erschöpfung der Kräfte, Rheuma, Gicht u. Arterienverkalkung, sowie viele Blut- u. Stoffwechselkrankheiten. Erhältlich in all. Apothek u. Drogerien. Preis-grat. Seltz & Werner, Dresden-A. 16, Schumannstr. 62

Königshof
Jeden Dienstag und Sonntag
Linien: 9 u. 13, Autor: Hauptblth., Loschowitz
Fernsprecher 40125

Damen Herren

kleider, Hüten, Mantel, Wäsche, Schürzen, Schürzen

Ausgabe: Japan, Italien, Arbeitssachen, Wäsche, Schürzen

Teillzahlung
oder gegen Bar mit
10% Rabatt

Veit

Dr. Kleinwachow,
Pulitzstraße 3
Begr. 1920
Kgl. Schneiderall

Schweizerei Loschwitz

Konzert- u. Gartenetablissem.
Gr. Wasserfall - Gesellschaftsabt.

Fernsprecher 37362 Max Fische

Carl Mertzsching

Fleischermeister
Wittenberger Straße 79

Naßmaschinen

In Marken für Haus und Gewerbe verkauft gegen 3-Mark-Wochenraten

Ohne jede Anzahlung.

Offerten unter A. 110 an Expedition dieses Blattes.

Bettfedern-Dampf-Reinigung

Übernimmt unter Garantie für sauberste und schnellste Lieferung

Dampf-Wasch-Anstalt Max Schöhe
Schillerstraße 49
Freie Abholung
Fernsprecher 13574

Damen

empfehle Spülapparate, Spülkannen, Leibbinden, Schilfschuhe sowie siml. bzw. Prosenartikel

R. Freisleben
Postplatz 4
Man achte auf Firmen!

Arbeiter
Arbeitsachen
bei
Ernst Klaas

Lilloungasse 29
Ecke Josephsplatz
Nähe Ostbahnhof

Theater am Wasaplatz

Montag, den 10. und Dienstag, den 17. Januar, täglich 8 Uhr abends:

Die schöne Zeit, o felle Zeit
Ein prächtiges Spiel mit Musik von Dr. Dietrich Hoffmann

Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 4 Uhr:
Schneewittchen und die 7 Zwerge
Vorstellungsmärchen mit Gesang und Tanz in 20 Bildern von Köhner.

Tymians Täglich

Das Thalia-8 Uhr
einzige wirkliche Theater
Volkstheater Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntag gültig!

Lebensmittel

Eigene Schfächerei

Carl Jähne, Voglerstraße 35
Fernsprecher 33725

starkes

Spezial-Kurbade- u. Quarzlicht-Anstalt
für Hydro- und Elektrotherapie, Massage- und Heilgymnastik, Diätetische-Behandlung

Dresden-N., Hauptstr. 11
Geöffnet von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr
An allen Krankenkassen zugelassen

Leibbinden

von 3.75 M. an

Haltformer, Brusthalter, von 1.90 M. an
von 1.75 M. an
sämtliche hygienische Frauenartikel wie Spülkannen, Spülapparate usw.

Grete Wemme
Pirna, Barbierg. 18, Tel. 344

Zeitungsverein „Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Heidenau

Freitag, den 14. Januar 1927 in der Defensions-Schule zu Heidenau

Vortrag

über Deutsch-Neuguinea
mit 100 Lichtbildern

Vortragender: Herr Walter Freitag, Dresden
Seinerzeitiges während seines vierjährigen Süd-Neuguinea, geologische und ethnologische Studien unter Anleiten im unerschlossenen Innern.

Mitwirkende: Quänter des Mandelbinder-Ordnungspersonals

Anfang 7 Uhr, Anfang 8 Uhr, Eintritt 60 Pf.
Anfang 10 Uhr, Kinder u. Jugendliche unter 10 Jahren halbes Preisen

Gardinen

Bitragen
Ewald Kluge
Pirna, Lange Str. 17

Betriebsrätewahlen 1927*

In einigen Wochen beginnen die Neuwahlen der Betriebsräte für das Jahr 1927. In ihnen wird entschieden, welche Kollegen in diesem Jahr an der Spitze der Belegschaft stehen und ihre Interessen gegen den Unternehmer und die Arbeitsgemeinschaftspolitik vertreten sollen.

Es ist eine traurige Tatsache, daß die meisten Arbeiter und Angestellten zwar eine längere agitatorische und organisatorische Vorbereitung von Parlamentswahlen für sich selbstverständlich zu haben, daß ihnen daselbe aber für die viel wichtigeren Betriebsrätewahlen noch nicht zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Ja, ein großer Teil der Genossen, welche auf dem Boden der revolutionären Opposition stehen und die Auffassung vertreten, daß die Betriebsrätewahlen tausendmal wichtiger sind als Parlamentswahlen, lehnen bisher diese Auffassung nicht durch eine gründliche agitatorische und organisatorische Vorbereitung der Betriebsrätewahlen in die Tat um. Die beste Auffassung ist aber nichts wert, wenn sie nicht in die Tat umgesetzt wird. Die Betriebsrätewahlen sind ebenso wie die Wahlen der Funktionäre in den Gewerkschaften wirklich tausendmal wichtiger, als irgendwelche Parlamentswahlen. Hier handelt es sich um Klassenorgane des Proletariats, die durch das Proletariat zu Klassenkampforganen gemacht werden können, bei den Parlamenten dagegen handelt es sich um eine bürgerliche Institution, welche niemals proletarische Klassenkampforgane sein werden, sondern vom Proletariat nur als Agitationstribünen ausgenutzt werden können. Welche Bedeutung man in der Tat einer Wahl zum Betriebsrat beizulegen will, zeigt sich bei der politischen und organisatorischen Vorbereitung der Wahl, denn sie ist für das Resultat entscheidend und mit ihr muß früh genug begonnen werden, wenn sie von Erfolg sein soll.

Trotzdem muß es schon jetzt heißen: Alle oppositionellen Gewerkschaftler in den Betrieben, die in grundsätzlicher Opposition gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik mit dem Unternehmertum stehen, an die Arbeit zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen!

Die Betriebsräte sind gleichzeitig wichtige gewerkschaftliche Institutionen. Ihre Einstellung und ihre Tätigkeit sind von großer Bedeutung für die Stärkung oder Schwächung des Kampfes gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Bei der Kandidatenwahl ist der erste maßgebende Gesichtspunkt der: wie steht der Kollege zu der arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftspolitik? Ist er gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer, die alle Entscheidungen unter Vorbehalt auf den Kampf der staatlichen Schlichtungsinstanzen zurückführt oder nicht? Ist er für die Einbeziehung der Macht der Gewerkschaften durch Klassenstreiks usw. für die Erlämpfung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit oder nicht? Ist er für parlamentarische Schwindelmänner mit der Arbeitsehrfrage um Kaufhandel um Ministerposten oder ist er für einen wirklichen gewerkschaftlichen Klassenkampf um den Achtstundentag? Nicht er die für die Arbeiterklasse gefährlichen Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung als unvermeidliches Übel an, gegen die man „im Interesse der Produktionssteigerung“ nicht kämpfen darf oder kann, oder ist er bereit, gegen diese gefährlichen Auswirkungen im Betrieb und überall zu kämpfen? Steht er auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, ist er für die Zusammenfassung der Betriebsräte, damit sie ein aktiver Faktor im proletarischen Klassenkampf sein können, oder ist er für den gegenwärtigen Zustand, wo die Betriebsräte von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern als Aushenker und Beisitzer der Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Unternehmern behandelt werden?

Die Stellungnahme der in Frage kommenden Kandidaten kann nicht nach ihren mehr oder weniger radikalen Worten beurteilt werden, welche sie besonders vor der Wahl von sich geben. Auch darf man sich nicht von den üblichen Erzählungen über die angeblichen Heldentaten in den Verhandlungen mit dem Unternehmertum täuschen lassen. Für die Kandidatenauswahl ist die grundsätzliche Einstellung zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik entscheidend. Es ist entscheidend, ob der Kollege voll und ganz auf dem Boden der revolutionären Gewerkschaftsopposition und des revolutionären Klassenkampfes steht. Nur solche Kollegen, von denen wir das wissen, dürfen als Kandidaten auf die freigewerkschaftliche Liste kommen. Das muß das Ziel bei der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen sein.

Unter diesem Gesichtspunkt gilt es auch, die Tätigkeit der bisherigen Betriebsräte zu überprüfen. Aus ihrer Tätigkeit ergibt sich das wichtigste Agitationsmaterial gegen die Kandidaten der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik mit dem Unternehmertum. Dieses Agitationsmaterial muß schon jetzt zusammengestellt werden.

* Aus dem hohen erscheinenden Januarheft des Arbeiterrats.

In den meisten Betrieben bedeutet die Kandidatenauswahl in der freigewerkschaftlichen Betriebsversammlung bereits die Wahl des neuen Betriebsrats, da keine gegnerische Liste vorhanden ist. Die erste Entscheidung liegt also bei den freigewerkschaftlichen Kollegen des Betriebes. Das gilt auch für den Fall, daß eine gegnerische Liste vorhanden ist, denn die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kandidiert nur auf den freigewerkschaftlichen Listen. Zur Vorbereitung der Betriebsrätewahl ist also eine besondere Agitation unter den freigewerkschaftlich organisierten Kollegen des Betriebes von größter Bedeutung.

Die Neuwahl der Betriebsräte ist auch ein wichtiges Stück des Kampfes gegen die Vorherrschaft der Unternehmer, zur Einschränkung und schließlich Beseitigung der Rechte der Betriebsräte. Ja, die Betriebsrätewahlen müssen im harten Kampf gegen diese Vorherrschaft der Unternehmer durchgeführt werden. In manchen Betrieben werden die Kandidaten für die Betriebsräte von den Unternehmern mit Entlohnung bedroht. Die Unternehmer hoffen darauf, daß sich insbesondere die revolutionäre, Klassenbewusste Arbeiterschaft dadurch einschüchtern läßt und vor der Kandidatur zum Betriebsrat zurückzuckt. Diese Hoffnungen der Unternehmer dürfen nicht in Erfüllung gehen. Ihnen ge-

genüber heißt es, Mut zeigen, die gesamte Belegschaft mobilisieren und die Gewerkschaft vor die Frage stellen, gegen solche Maßregelungen zu kämpfen und ihre Opfer zu unterstützen.

Aus den Berichten der Gewerkschaftsbeamten geht hervor, daß es heute schon viele Betriebe, besonders Kleinbetriebe ohne Betriebsräte gibt. Diese Erfolge des Unternehmertums gilt es, bei den kommenden Betriebsrätewahlen wieder rückgängig zu machen. Das kann nur geschehen, wenn schon jetzt die Vorbereitungen in diesen Betrieben ohne Betriebsräte eingeleitet werden, um in diesem Jahre wieder Betriebsräte wählen zu lassen. Kein Betrieb ohne Betriebsrat oder Betriebsobmann (in Kleinbetrieben) ist die Parole.

Die Kandidaten der revolutionären Opposition für die kommenden Betriebsrätewahlen sind auch die mutigen Kämpfer gegen die Unternehmerrückwärtsentwicklung in der Vertretung der Interessen der Belegschaft.

In diesem Sinne gilt es jetzt mit der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen zu beginnen. Nur eine gute Vorbereitung der Wahlen sichert der revolutionären Opposition den Erfolg.

R. Becker.

Der Kampf um das Ferngas

Die „Aktionsgesellschaft für Kohlenverwertung“, in der der westdeutsche Steinkohlenbergbau seine Ferngas- und Fernheizungsinteressen zusammengeschlossen hat, ist am 31. Dezember 1926 formell in Wirklichkeit getreten, da von diesem Tage an die Bindung der beteiligten Jochen an die Bedingungen der Ferngas-AG eintritt. Eine Reihe von Jochen hat den Beitritt zu der Gesellschaft abgelehnt oder Vorbehalte ausgesprochen, doch beträgt dieser Teil kaum 3 bis 4 Prozent des Ruhrkohlenbergbaus, so daß die neue Gesellschaft nahezu ein Monopol für Ferngas in West- und Mitteldeutschland besitzt. Daß sie dieses Monopol rücksichtslos für die Profitinteressen des Bergbaus zu benutzen gedenkt, geht aus dem Verpflichtungsabkommen hervor, dem allen beteiligten Jochen zur Unterzeichnung vorgelegt wird; darin heißt es:

Wir verpflichten uns, für die Dauer unserer Eigenschaft als Aktionäre der AG: 1. kein brennbares Gas an Dritte zu liefern, 2. keine Werke zu betreiben, die brennbares Gas an Dritte abgeben, noch derartige Werke ohne Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit der AG, der AG für Kohlenverwertung mit Brennstoff zu beliefern, noch uns daran zu beteiligen, 3. keine Fernheizungsanlagen zu betreiben, uns daran zu beteiligen, oder ohne Zustimmung der Dreiviertelmehrheit Dritte mit Brennstoff oder mit Wärme aus unseren Betrieben für solche Zwecke zu beliefern“ ...

In diesem Verpflichtungsabkommen kommt das Betreiben des Ferngasnetzes zum Ausdruck, die riesigen Energiemengen, die das rheinisch-westfälische Kohlenbecken birgt, allein nach seinem Gütewert und in seinem Profitinteresse ohne Rücksicht auf die Konsumenten zu nutzen. Das bedeutet nicht nur eine Schädigung der Gasverbraucher und der werkschaftlichen Bevölkerung, auch diejenigen kapitalistischen Betriebe, die sich bisher mit der Gasversorgung der Städte befassen, müssen sich vor dem Vorgehen des neuen Trakts bedroht fühlen. Die Folge war, daß eine der größten dieser privaten Gasgesellschaften, die Deutsche Continental Gas-Gesellschaft AG, zu einem Gegenanschlag ausstiege. Sie erwarb von dem Bergwerkstonsgen Giesches Erben die im östlichen Westfalen gelegene Zeche „Westfalen“, die nicht nur einen großen Reichtum von unerschlossenen Kohlenfeldern hat, sondern auch bedeutende und modern eingerichtete Druckerien besitzt.

In einer öffentlichen Kundgebung erklärte nun die Continentale Gasgesellschaft, sie sei der Ansicht, „daß gerade die Gasgesellschaften, gleichviel welcher wirtschaftlichen Konstitution, die besten Vermittler zwischen den Konsumenten und den Gasverbrauchern sind“. Das ist ein deutliches Seitenstück auf den westdeutschen Bergbau. Dann wird weiter erklärt, daß die Gasverbraucherinteressen der Gesellschaft sich vor allem auf Mitteldeutschland und Groß-Berlin erstrecken und durch den Erwerb der Zeche „Westfalen“ ausgebaut werden sollen. Das ist die Androhung eines offenen Konkurrenzkampfes gegen die Ferngasprojekte der Steinkohlenindustrie. Schließlichündigt die Gasgesellschaft noch an, daß sie sich gegebenenfalls mit anderen Interessenten zusammenschließen wird. Es ist nicht ganz klar ersichtlich, ob diese Ankündigung bedeuten soll, daß die Continentale Gasgesellschaft sich mit den kommunalen Gaswerken zu einer Front der Gaswerke gegen den Bergbau verbünden will, oder ob sie vielmehr daran denkt, sich mit denjenigen Jochen zusammenzutun, die der „Aktionsgesellschaft für Kohlenverwertung“ bisher ablehnend gegenüberstehen.

Wie dem auch sei, es steht fest, daß die westdeutsche Schwerindustrie im Begriff steht, ein Gasmonopol zu errichten, das sowohl die Gasversorgung als die Kohlenversorgung, die wichtigsten Energiequellen des proletarischen Haushalts unter ihre Kontrolle stellt. Es ist unmöglich, die weitere Entwicklung dieser für die Bevölkerungsgeschichten lebenswichtigen Erzeugnisse dem kapitalistischen Konkurrenzkampf zu überlassen, denn das Ergebnis dieses Kampfes bringt nur zahllosen Arbeitern Erwerbslosigkeit und den Konsumenten höhere Preise. Die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus und die zentrale, im Reichsmagazin planmäßig organisierte Ferngas- und Elektrizitätserzeugung sind das einzige Mittel, um das Ferngasproblem im Interesse der arbeitenden Massen zu lösen, aber von der deutschen Hindenburgrepublik ist eine derartige Lösung nicht zu erwarten, sie kann nur das Ergebnis des proletarischen Kampfes sein.

Gewerkschaftsgelder für den konterrevolutionären Heimatdienst

Wie wir erfahren, hat der Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter zu dem bewährten Vöb.-Vortrag 100 Eintrittskarten aus Gewerkschaftsmitteln entnommen und diese unter den Mitgliedern zu verteilen verweigert. Ob damit die Gewerkschaftsbureaus die früher erhaltenen Stipendien dieser Organisation abfragen will, wissen wir zwar nicht, doch läßt das Vorkommnis einen anderen Schluss nicht zu. Da sicher anzunehmen ist, daß auch noch mehr Gewerkschaften Karten entnommen haben, ist es Pflicht aller Gewerkschaftler, über die Verwendung von Gewerkschaftsgeldern zu derartigen konterrevolutionären Zwecken Rechenschaft zu fordern.

Gewerkschaftliches

Ortsauskunft Neugersdorf des ADGB. Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr im Restaurant zum Rappbaum: Sitzung. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Delegierten ist unbedingt notwendig. Von 7 Uhr an in demselben Lokal: Sitzung des Vorstandes.

Kommunistische Metallarbeiter

der Zahlstelle Dresden. Fractionsitzung am Freitag, den 14. Januar, abends 7,30 Uhr im Bürgerkaffee, Große Brüdergasse 19.

Tagesordnung: Stellungnahme zu den Ortsverwaltungsahlen.

Graphischer Block

Sonntagabend, den 15. Januar 1927, abends 7,30 Uhr im Restaurant Preudenberg, Carusstraße (Bürgerwiese):

Vortrag:

1. Betriebsrätewahlen, ihre Vorbereitung.
2. Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik.

Opposition im graphischen Gewerbe

Selbmann's Haferkakao Pfund Grenadierstraße 60 Pf. und Filialen

Bis zu dem letzten Werby hatten wir nicht mehr als zwei Kilometer. Dort hatten sich an jenem Morgen unzählige Trains gestaut. Die erste Division und die vierzehnte und die vierte. Juden standen, nur die Weite an, mit hochgezogenen Schultern vor ihren Türen wie gerupfte Vögel. Kolofen strichen in den Höfen herum, nahmen Handtücher ab und aßen untreue Pflanzen. Kaum angekommen, troh Atinjew ins Heu und schlief ein. Ich nahm eine Dose vom Wagen und ging fort, um mir einen schattigen Platz zu suchen. Aber das Feld war beiderseits der Straße mit unbeschreiblichem Unrat überfüllt. Ein bärtiger Bauer mit kupferner Brille und einem Tirolerhut las absichtslos eine Zeitung; er fing meinen Blick und sagte:

„Menschen nennen wir uns, stinken aber schlimmer als Schakale. Wir sollten uns vor der Erde schämen.“

Er wandte sich ab und begann wieder durch seine große Brille die Zeitung zu lesen.

Ich schlug nun die Richtung nach links ein, dem kleinen Wäldchen zu, und sah den Diakon auf mich zukommen.

„Wohin schleichst du, Landsmann?“ schrie ihm Korotkow vom ersten Wagen nach.

„Austreten“, murmelte der Diakon, ergriff meine Hand und küßte sie.

„Sie sind ein guter Herr“, flüsterte er, schmitzte eine Grimasse, zitterte und holte Atem. „Ich bitte Sie, schicken Sie in einer freien Minute nach der Stadt Kassinow Nachricht, damit meine Frau mich beweinan kann.“

„Sind Sie taub, Vater Diakon“, schrie ich ihm ins Gesicht. „Oder nicht?“

„Berzethung“, sagte er und legte die Hand ans Ohr. „Sind Sie taub, Agjew, oder nicht?“

„Zu Befehl, taub“, antwortete er eilig. „Vor drei Tagen hatte ich noch mein Gehör in vollster Ordnung, aber Genosse Atinjew hat mit mir meine Schieberei das Gehör zerstört; er ist verpflichtet, mich nach Kowno zu schaffen, der Genosse Atinjew, ich nehme aber an, daß er mich kaum hinschaffen wird.“

Und der Diakon fiel auf die Knie, duckte seinen Kopf mit dem verwilderten Poppenhaar und troh zwischen die Wagen. Dann kam er auf der anderen Seite hervorgerichtet, erhob sich und ging zu Korotkow. Der schüttelte ihm Tabak in die Hand, sie drehten sich Zigaretten und gaben sich gegenseitig Feuer.

„So ist es besser“, sagte Korotkow und machte neben sich Platz. Der Diakon setzte sich, und beide schwiegen. Dann erwachte Atinjew. Er wickelte die Ochsenkeule aus dem Sack, schnitt mit dem Messer in das grüne Fleisch und gab jedem ein Stück. Als ich die verfaulte Keule sah, wurde mir schlecht, und verzweifelt gab ich mein Fleisch zurück.

„Lebt wohl, Jungens“, sagte ich. „Glückliche Fahrt...“

„Leb' wohl“, erwiderte Korotkow.

Ich nahm den Sattel vom Wagen und ging. Im Weggehen hörte ich noch das nicht endenwollende Brummen Atinjews.

„Zwan“, sagte er zu Agjew, „du hast einen großen Bod geschossen, Zwan. Du hättest vor meinem Namen Kurdy haben sollen; du hast dich aber auf meinen Wagen gesetzt. Du konntest dich so herumtreiben, bevor du mir in die Hände gelaufen bist, aber... na, ich will dir jetzt noch zu trinken geben und dann ein Ende mit dir machen, Zwan.“

Der Friedhof von Kofin.

Der Friedhof eines jüdischen Städtchens: Assorien und das geheimnisvolle Schwelgen des Orients auf den mit Unkraut überwucherten wohnnischen Feldern — —

Abgeschliffene, graue Steine mit dreihundert Jahre alten Inschriften. Grob geschnittene, aus dem Granit gemeißelte Reliefs: ein Fisch, ein Schaf über einem Totenkopf. Kabbiner mit Fellmützen. Die schmalen Lenden der Kabbiner sind mit Nieren umgürtet. Und unter ihren augenlosen Gesichtern windet sich die feinerne Linie ihrer welligen Bärte. Abwärts, unter einer Eiche, die der Bliz ipaltete, steht das Grabgewölbe des Rabbi Artel, den Bogdan Chmelnyzkyj Kolofen erschlugen haben. Vier Generationen liegen in dieser Totengruft, die arm ist wie die Hütte eines Wasserträgers. Auf den moosbegrüntem Tafeln befiugt sie eines Beduinen wortreiches Gebet:

„Aziel, Sohn Chanias, Lippe Johans. Elias, Sohn Ariels, Hirn, das aufnahm den Zweikampf mit dem Bergessen.“

Wolf, Sohn des Elias, du Feind, der du getraubt bist der Thora im neunzehnten Lebens. Jehuda, Sohn Woffs, Kabbiner von Krakau und Prag. O Tod, o habgieriger, gieriger Dieb, warum verhöhrtest Du uns nicht auch nur ein einziges Mal!

BUDJONNYS REITERARMEE

Erzählungen von I. Babel

(Übersetzt aus dem Russischen von Dmitrij Uman'ski)

(30. Fortsetzung.)

„Sei mir gegrüßt“, sagte er und knöpfte sich zu. Der Diakon legte die Flasche ins Gras und stand auf. Seine Haar flohen in die Höhe.

„Nicht wird das höchste Gericht richten“, sagte er dumpf. „Du, Zwan, bist nicht über mich gesetzt.“

„Jetzt verurteilt jeder jeden“, fiel der Kutischer des zweiten Wagens ein, der einem sinken Budligen ähnlich sah, „auch zum Tode. Sehr einfach.“

„Besser aber“, rief Agjew hervor und richtete sich auf, „du tust mich, Zwan.“

„Näh, Diakon“, sagte Korotkow und ging auf ihn zu. „Bedenke, mit dem du fährst. Ein anderer würde dir den Hals umdrehen wie einer Ente, ohne Umstände, er aber sieht die Wahrheit aus dir heraus und bringt dir was bei, du entweiher Vope.“

„Besser aber“, wiederholte der Diakon hartnäckig und trat vor, „du tust mich, Zwan.“

„Du wirst dich schon selbst umbringen, du Kas“, zischte Atinjew erblaffend. „Du selbst wirst dir die Grube graben und wirst dich selbst einäschern.“

Er warf die Arme hoch, rief seinen Kraken auf und stürzte in einem Anfall zu Boden.

„Ach, du liebe Mutter“, schrie er wild und bestreute sich das Gesicht mit Sand, „ach, du mein bitteres Blut, du meine Sowi- istmacht.“

„Zwan“, sprach Korotkow und legte ihm zärtlich die Hand auf die Schulter. „Zwan, quäle dich nicht, lieber Freund, sei nicht traurig, wir müssen fahren, Zwan.“

Korotkow nahm seinen Mund voll Wasser und bespritzte Atinjew, dann hob er ihn auf den Wagen. Der Diakon setzte sich wieder auf den Boden, und wir fuhrten weiter.

